

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Ausschuss für Sport

17. Sitzung

18. Januar 2008

Beginn: 11.06 Uhr

Ende: 13.34 Uhr

Vorsitz: Karin Seidel-Kalmutzki (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Herr Statzkowski hat das Wort zur Frage der CDU-Fraktion. Weil die Frage der Fraktion der Linken ähnlich ist, schlage ich vor, dass Sie die Fragen hintereinander vortragen, und dann können diese gemeinsam beantwortet werden. – Danke!

Andreas Statzkowski (CDU): Ich frage den Senat: Inwieweit findet im Baerwaldbad Schulschwimmen als verpflichtender Teil des Schulunterrichts statt, und wie viel erhält der Trägerverein des Bades pro Schüler im Vergleich zu den Berliner Bäderbetrieben?

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Statzkowski! – Frau Dr. Hiller!

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Frage lautet: Wie bewertet der Senat die Ankündigung des Bädervorstandes, Herrn Klaus Lipinsky, vom Dienstag, die Zahlung des Zuschusses an den Betreiber des Baerwaldbades in Höhe von 170 000 € pro Jahr einzustellen? Welche und von wem mit welcher Begründung getroffene Entscheidung liegt dieser Äußerung zugrunde, und welche Konsequenzen werden sich aus der Zahlungseinstellung ergeben? – Danke schön!

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Frau Dr. Hiller! – Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Thomas Härtel (SenInnSport): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! – Frau Seidel-Kalmutzki! Ich möchte zuerst den Herrn an meiner Rechten vorstellen. Herr Dr. Dierker ist der Nachfolger von Herrn Kießling. Er ist der neue Abteilungsleiter für den Bereich Sport. Er war vorher Leiter der Führungsakademie des Deutschen Sports und hat auch schon seine Erfahrungen in Berlin gesammelt. Wie Sie alle wissen – durch die Entscheidung des Parlaments damals –, gab es die Verlagerung nach Köln. Nun ist er als Person wieder zurück gekommen, und darüber freue ich mich. Er wird dann sicherlich die Kontakte zu Ihnen haben, und wenn Sie Fragen an die Verwaltung haben, wissen Sie, dass wir, soweit es geht, auskunftsfreudig sind – der Staatssekretär immer gegenüber der Politik, aber fachlich selbstverständlich auch immer der Abteilungsleiter. Ich hoffe auf gute Zusammenarbeit.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Wir wünschen Ihnen viel Erfolg und freuen uns auf die gute und intensive Zusammenarbeit.

Staatssekretär Thomas Härtel (SenInnSport): Frau Dr. Hiller! Herr Statzkowski! Ich möchte eine Vorbemerkung zum Baerwaldbad machen, weil immer wieder Irritationen darüber entstehen, inwieweit eine Verpflichtung der Berliner Bäderbetriebe besteht, eine entsprechende Zuwendung finanzieller Art an die Betreiber des Baerwaldbades zu geben.

Mit der Beschlussfassung über das Haushaltsentlastungsgesetz 2002 wurden 12 Bäder vom Netz genommen, und darunter war das Stadtbad in der Baerwaldstraße. Es war damit eine Entscheidung getroffen worden, dass dieses Bad nicht mehr zu den Betriebspflichten der Berliner Bäderbetriebe gehört. In Kenntnis dieser Beschlussfassung waren und sind die Bäderbetriebe verpflichtet, im Rahmen der 37 Hallen- und Kombibäder das Schul- und Vereinsschwimmen und die Angebote für die Kitas und Horte entgeltfrei sicherzustellen. Dies haben die Bäderbetriebe in ihrer Verantwortung entsprechend wahrgenommen. Es gab eine Initiative aus dem Bezirk über die Arbeitsgemeinschaft der Sportvereine, die wir grundsätzlich begrüßt haben. Sie hat das Baerwaldbad praktisch in Betrieb gehalten und dort gute Angebote sowohl im Bereich des Schulschwimmens als auch im Bereich des Vereinsschwimmens gemacht. Diese Initiative hat von den Bäderbetrieben nach Diskussionen und Verhandlungen jährlich einen Betrag von 170 000 € erhalten, um diese Angebote mit sicherstellen zu können.

Es hat im vergangenen Jahr seitens der Sportarbeitsgemeinschaft eine entsprechende Forderung gegeben, dass man diese Beträge nicht für ausreichend hält und für die Aufrechterhaltung der Angebote in der Baerwaldstraße rund 400 000 € benötigt. Dazu sahen und sehen sich die Berliner Bäderbetriebe nicht in der Lage, und wir hatten zunächst ein Angebot in Höhe von 170 000 € – also gleicher Betrag wie in den vergangenen Jahren – gemacht. Daraufhin haben uns die Betreiber mitgeteilt, dass sie bei einem Zuschuss von rund 170 000 € nicht in der Lage sind, die Bahnstunden wie bisher anzubieten, sondern statt 295 Bahnstunden nur noch 201 Bahnstunden anbieten können. Daraufhin haben auch die Bäderbetriebe gesagt, dass dies unter diesen Voraussetzungen wirtschaftlich für sie nicht vertretbar ist, wenn nicht die gleichen Bahnstunden erhalten bleiben. Insofern ist dann die Entscheidung getroffen worden, diese 170 000 € nicht mehr für die Aufrechterhaltung des Schul- und Vereinsschwimmens in der Baerwaldstraße zur Verfügung zu stellen.

Sie haben konkret nach den entsprechenden Zuschüssen gefragt, die die Berliner Bäderbetriebe für Schul- und Vereinsschwimmen – hier konkret Schulschwimmen – erhalten im Vergleich zu dem Betrag, den die Berliner Bäderbetriebe an die Sportarbeitsgemeinschaft geben. Es ist schwer auszurechnen. Ich habe es trotzdem einmal versucht. Warum ist es so schwer auszurechnen? – Die Bäderbetriebe bekommen einen Gesamtzuschuss, und wie Sie wissen, ist im Haushalt nicht eine Trennung zwischen Aufwendersersatz für Schul- und Vereinsschwimmen und den üblichen und sonstigen Betriebskostenzuschüssen für die Bäderbetriebe aufgelistet, sondern es ist ein Gesamtzuschuss festgelegt worden, der letztendlich unter den haushalterischen Notwendigkeiten zustande gekommen ist.

Aber wir haben das Beispiel der vergangenen Jahre, wo der Aufwendersersatz in Höhe von etwa 2,7 Millionen € 2,8 Millionen € für die Bäderbetriebe ausgewiesen war. Diesen Betrag haben wir bezogen auf die entsprechenden Angebote im Baerwaldbad zugrunde gelegt, nämlich für rund 1 472 Schülerinnen und Schüler in 64 Klassen im Vergleich zu den Angeboten, die die Bäderbetriebe für die Schulen ebenso mit anbieten, hat das Baerwaldbad – Pi mal Daumen – den gleichen Betrag bekommen wie die Bäderbetriebe. Die Bäderbetriebe hätten nämlich mehr bekommen müssen als die 2,7 Millionen € für das Schulschwimmen in dieser Stadt. Dieser Betrag wäre etwa das Doppelte gewesen, und insofern ist das umgerechnet etwa eine Gleichbehandlung.

Das ist eine Pi-mal-Daumen-Berechnung, das will ich hier zugestehen, aber es ist angesichts der Schülerinnen und Schüler, die in der Baerwaldstraße an dem Schulschwimmen teilgenommen haben, vergleichbar. Insofern ist hier keine Benachteiligung festzustellen. Die kann es auch gar nicht geben, weil es keine Betriebspflicht seitens der Bäderbetriebe für die Baerwaldstraße gab und überhaupt keine Verpflichtung, einen entsprechenden Betrag zur Verfügung zu stellen, weil das nach der Satzung der Berliner Bäderbetriebe

Bäderbetriebe eigentlich haushaltsmäßig gar nicht zulässig ist, denn die Bäderanstalt ist ausschließlich für die selbst betriebenen Bäder zuständig.

Erlauben Sie mir bitte eine Bemerkung! Wenn Bäder geschlossen werden, dann ist das bedauerlich, aber dann ist das eine Notwendigkeit aufgrund der wirtschaftlichen Situation, auch aufgrund der problematischen Sanierungsnotwendigkeiten im Bereich der Berliner Bäderlandschaft. Das war damals die entsprechende Entscheidung. Dann kann man nicht im Umkehrschluss die Bäderbetriebe auffordern, Flächen anzumieten, um ein Angebot in einer bestimmten Größenordnung aufrechtzuerhalten. Das ist wirtschaftlich nicht vertretbar.

Im Übrigen könnten theoretisch auch andere Vereine, die Bäder oder Freibäder betreiben, für sich geltend machen, entsprechende Zuschüsse für Angebote im Schul- oder Vereinsschwimmen zu bekommen. Das entspricht nicht der Aufgabe der Berliner Bäderbetriebe, und insofern war das ein Entgegenkommen gegenüber der engagierten Sportarbeitsgemeinschaft in Friedrichshain-Kreuzberg, aber es ist nicht mehr wirtschaftlich vertretbar, unter diesen Bedingungen diesen Betrag weiterhin zuzuwenden. Das ist bedauerlich, auch für diese Regionen. Die Bäderbetriebe haben sichergestellt, dass sich das Schul- und Vereinsschwimmen in der Holzmarktstraße konzentrieren wird, und haben durch Umschichtungen das Bad in der Spreewaldstraße auch für Öffentlichkeit so hergestellt, dass für die Betroffenen keine größeren Nachteile entstehen. Es stehen zwar weniger Bahnstunden zur Verfügung, aber im Großen und Ganzen bleibt das Schul- und Vereinsschwimmen gesichert, und auch die Öffentlichkeit kann sich mit verlässlichen Öffnungszeiten in der Spreewaldstraße hier entsprechend orientieren und dort die entsprechenden Zeiten in Anspruch nehmen, und das stellt sich damit auch – was die Zeiten für die Öffentlichkeit betrifft – als positiv dar.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Eine Nachfrage, Herr Statzkowski?

Andreas Statzkowski (CDU): Ja, die habe ich! – Jetzt muss ich einmal geschickt formulieren, damit ich möglichst viel unterkriege: Herr Staatssekretär! Sind Sie nicht auch mit mir der Auffassung, dass es sich bei einem möglichen Scheitern des Projektes im Baerwaldbad um einen – um es einmal neuhochdeutsch, sprich englisch, auszudrücken – erheblichen „roll back“ handeln würde, also um einen erheblichen Rückfall, und dass die Verlagerung des Schulschwimmens – wie Sie selbst zugegeben haben – letztendlich zulasten der Nutzer und Nutzerinnen erfolgt ist, was zu einer weiteren Verdichtung im Bereich Friedrichshain-Kreuzberg führt – so, wie es in der Vergangenheit auch schon zu erheblichen Verdichtungen in anderen Teilen des Landes Berlin wie z. B. Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg gekommen ist?

Darüber hinaus hätte ich gern von Ihnen eine Aussage, ob es zutrifft, dass in Gutachten der Berliner Bäderbetriebe eine Summe von rund 10 € pro Schüler und Schülerin für das Betreiben des Schulschwimmens als ausreichend erachtet worden ist, während der Verein 1,39 € pro Schüler in der Vergangenheit für die Nutzung des Bads durch die Schüler und Schülerinnen bekommen hat.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Das war eine geschickte Nachfrage mit vielen Unterpunkten. – Frau Dr. Hiller! Haben Sie auch eine Nachfrage? – Bitte!

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion): Herr Härtel! Sie haben sicherlich an der Art der Fragestellung bemerkt, dass wir durchaus eine sehr unterschiedliche Sicht auf die Dinge haben. Das betrifft vor allem die Konsequenzen, die ich bei einer Herausnahme des Baerwaldbades aus dem Betrieb sehen würde, und das betrifft nicht nur die beiden Bäder Holzmarktstraße und Spreewaldbad, die verminderte Einnahmen hätten, sondern das betrifft auch das Fahrgeld, das zusätzlich auf den Bezirk bzw. auf die Schüler zukommen würde. Das betrifft Betreuungskosten, die zusätzlich durch längere Anfahrtswege entstehen würden und die wiederum zulasten der Personalkosten im Bildungsbereich gehen. Das betrifft die Auswirkungen auf den Sozialraum Kreuzberg, wo integratives Schwimmen z. B. für muslimische Frauen stattfindet, eines der Vorzeigeprojekte, das wir sehr gelobt haben. Also, die Konsequenzen gehen viel weiter und über den Bäderbetrieb hinaus, und deshalb frage ich Sie: Welche Möglichkeiten sehen Sie, den gefundenen und von uns gebilligten Kompromiss zwischen dem Bezirk und dem Verein in der Baerwaldstraße wiederzufinden und möglicherweise

möglicherweise vermittelnd einzutreten, um die Fortsetzung des Badbetriebes dort zu ermöglichen? – Danke schön!

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Thomas Härtel (SenInnSport): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! – Vermittelnd bin ich insofern im vergangenen Jahr schon einmal tätig gewesen, weil ich mich gegenüber den Bäderbetrieben dafür eingesetzt habe, bei den 170 000 € zu bleiben, weil sich die Bäderbetriebe aufgrund der wirtschaftlichen Situation eigentlich nicht in der Lage sahen, die 170 000 € für diese zusätzliche Anmietung von Wasserflächen zur Verfügung zu stellen. Insofern habe ich auch bei einer Veranstaltung im vergangenen Jahr in der Baerwaldstraße gesagt, dass ich mich dafür einsetzen werden. Die Bäderbetriebe sind dem auch gefolgt und haben die 170 000 € weiterhin als Angebot unterbreitet.

Wenn dann aber gleichzeitig mitgeteilt wird – ich wiederhole das –, dass mit diesem Angebot die Bahnstunden um rund 40 Prozent reduziert werden müssen, weil dieses Angebot nicht ausreicht, um das bisherige Angebot an Bahnstunden aufrechtzuerhalten, haben die Bäderbetriebe unter dieser Voraussetzung sagen müssen, dass es sich für sie wirtschaftlich nicht rechnet, diesen Betrag zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig an anderer Stelle 40 Prozent der entsprechenden Angebote zu organisieren. Das ist wirtschaftlich nicht vertretbar, um das sehr deutlich und klar zu sagen.

Daraufhin haben die Bäderbetriebe die Entscheidung getroffen, in der Holzmarktstraße komplett das Vereins- und Schulschwimmen zu organisieren und das Bad am Spreewaldplatz im Wesentlichen für die Öffentlichkeit so zur Verfügung zu stellen, dass damit attraktive Zeiten auch für die Öffentlichkeit verbunden sind, weil zwischenzeitlich durch Vereins- oder Schulschwimmen immer wieder Bahnen gesperrt werden müssen, aber man mit dieser Schwerpunktsetzung durchaus einen Beitrag leisten kann, damit diese Wasserzeiten angemessen in Anspruch genommen werden können.

Ich wiederhole noch einmal: Die Bäderbetriebe sind von ihrer Satzung und von ihrer Aufgabe her nicht verpflichtet oder aufgefordert, für Anmietung von Wasserflächen außerhalb ihres Bereiches in irgendeiner Weise einen Betrag aufzubringen. Der Vorstand und auch der Aufsichtsrat haben eine Verantwortung gemäß der gesetzlichen Grundlage, die für die Berliner Bäderbetriebe gilt. Es war eine Ausnahmesituation, hierfür einen Betrag zur Verfügung zu stellen und wegen der besonderen Problematik – das erkenne ich überhaupt nicht – in dieser Region auch unter sozialen Aspekten ein weiteres Angebot aufrechtzuerhalten.

Aber mit dem Haushaltsentlastungsgesetz – beschlossen durch das Parlament – sind diese 12 Bäder vom Netz genommen worden, mit der Auflassung, dass die Bäderbetriebe in 37 Bädern das Schul- und Vereinschwimmen zu organisieren haben. Dann kann der Vorstand der Bäderbetriebe nicht Mittel nehmen, um nun zusätzlich wieder Zeiten einzukaufen. Das ist nicht logisch, wenn man solch einen Beschluss fast und gleichzeitig sagt: „Gut! Wir beschließen im Parlament, dass wir nur noch 37 Bäder haben wollen.“ – Sie alle und wir mit unserer Verantwortung –, und dann am Ende sagt: „Nun kauft euch aber entsprechende Zeiten ein!“ Das ist etwas widersprüchlich – das muss man so deutlich sagen – und wirtschaftlich nicht ganz korrekt durchdacht, um das auch sehr klar und deutlich zu sagen.

Zu der Frage der Kosten, Herr Statzkowski: Gutachten hin und her, das werden wir noch diskutieren. Es gibt Zahlen zwischen 8 € und 10 € pro Besucher, die an Kosten in den Berliner Bädern entstehen. Das ist sicherlich unterschiedlich, weil die Angebote in den Bädern unterschiedlich sind und auch die Attraktivität der Bäder unterschiedlich ist. Sie wissen, welche Eintritte wir nehmen. Sie betragen maximal die Hälfte der Kosten, die eigentlich durch Besucher entstehen. Das versucht der Vorstand auch immer wieder deutlich zu machen. Ich habe Ihnen klar gesagt, dass die Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe Zuschüsse und keine Ausfinanzierung der Bäderbetriebe sind und die Bäderbetriebe durch ihr wirtschaftliches Verhalten und ihre wirtschaftliche Aufstellung sicherstellen müssen, dass sie das Gesamtvolumen, das sie zum Erhalt der Berliner Bäder benötigen, auch durch entsprechende Leistungen erbringen.

Deswegen debattieren wir den Wirtschaftsplan im Unterausschuss Beteiligung, woraus dann deutlich wird, von welchen Prämissen dieser Wirtschaftsplan abhängig ist. Wenn sich die Berliner Wasserbetriebe in den

vergangenen Jahren gut aufgestellt haben, dann stellen Sie aber auch fest, dass dies auch zulasten der Berliner Bäder gegangen ist, denn durch das Ansteigen der Wasserpreise stehen innerhalb der Berliner Bäder weniger Mittel zur Verfügung, und das müssen die Berliner Bäderbetriebe ausgleichen. Insofern kann man nicht einfach sagen: Da gibt es einen Zuschuss, und das bedeutet, dass es einen Zuschuss pro Schüler gibt. – Das ist eben nicht so. Deswegen haben wir den Zuschuss wieder so zusammengefasst, weil man im Laufe eines Jahres entsprechende Veränderungen vornehmen muss.

Nur bezogen auf den jetzigen Betrag, den die Bäderbetriebe bekommen, im Vergleich zu den Zuschüssen in den vergangenen Jahren können wir einen Vergleich anstellen, und daher komme ich zu dieser Auffassung, dass es – Pi mal Daumen – etwa dem ähnlich ist, was die Bäderbetriebe auch pro Schüler aufzubringen haben, allerdings immer unter dem Aspekt, dass sie auch nicht einen entsprechend ausreichenden Zuschuss von uns erhalten – um das auch sehr deutlich zu sagen.

Insofern bleibt die Antwort an dieser Stelle etwas vage, ganz bewusst, weil es sich so nicht ausrechnen lässt und ein Zuschuss an den Betreiber des Baerwaldbades nicht unter dieser Prämisse erfolgen kann, weil andere Faktoren den Wirtschaftsplan entsprechend mit beeinflussen. Es ist eine Vereinbarung für eine Leistung, aber nicht eine Vereinbarung: Pro Besucher bekommt ihr genauso viel, wie die Bäderbetriebe angeblich bekommen. – Das bekommen sie aber nicht, sondern sie müssen einen Teil selbst erwirtschaften. Sie bekommen nur einen Zuschuss von 38 Millionen € Insofern können Sie das nicht einfach so vergleichen. Das wäre auch nicht zulässig in einer wirtschaftlichen Betrachtung. Es ist eine Vereinbarung unter sozialen Gesichtspunkten gewesen, hier 170 000 € zur Verfügung zu stellen.

Dass der Bezirk – Sie haben danach gefragt – lange mit sich gerungen hat, wie er damit umgeht – – Bislang, bis vor zwei Tagen, war uns nicht bekannt, dass sich der Bezirk in der Lage sah, 50 000 € für einen Zuschuss an das Baerwaldbad, für den Träger aufzubringen. – [Zuruf] – Ich gebe es doch nur so wieder. Der Bezirk hat selbst nur feststellen müssen – für den Fall, dass das Angebot dort nicht aufrechterhalten werden kann –, dass er die Fahrten zu den Bädern organisieren muss – das ist völlig richtig –, wie andere Bezirke dies auch tun müssen. Er war sich nicht im Klaren darüber, ob er mit diesem Betrag auch eine Zuwendung an den Betreiber geben kann. Wenn er das jetzt öffentlich ankündigt, ist das erst einmal so zur Kenntnis zu nehmen, ändert aber nichts an der Tatsache, dass ich jetzt nicht 170 000 € – von denen der Betreiber sagt, dass er damit nicht auskommt – an das Bad zahle, weil es wirtschaftlich nicht vertretbar ist, weil das Angebot im Vergleich zu den früheren Angeboten reduziert wird. Das ist das Faktum, und dabei kann ich dann leider keine andere Entscheidung herbeiführen, als sie der Aufsichtsrat gestern getroffen hat. Herr Hanisch sitzt als Mitglied des Aufsichtsrats zwar heute nicht hier, aber er war anwesend. Es konnte keine andere Entscheidung getroffen werden.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Frau Dr. Hiller zur Geschäftsordnung – bitte!

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion): Eine kurze Bitte und Frage: Ist es möglich, die Antwort schriftlich nachgereicht zu bekommen? Das hätte ich vorher beantragen müssen, aber ist das technisch möglich?

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Wenn das Einverständnis des Ausschusses vorliegt! Ich denke, daran haben wir alle ein Interesse. – Dann wird das so gemacht. – Vielen Dank!

Zu den weiteren Fragen der Aktuellen Viertelstunde siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Lärmbelästigung durch Sport? Möglichkeiten zur Konfliktvermeidung und -beilegung
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion)

[0069](#)

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Soll ein Wortprotokoll angefertigt werden? – Das ist der Fall. Es wurde Herr Peter Hanisch, der Präsident des Landessportbundes, auf Antrag der FDP eingeladen. Herzlich willkommen und Ihnen sowie Ihren Vertretern Herrn Hammer und Herrn Hahn ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2008 und weiterhin gute Zusammenarbeit. Es ist der 1. Vorsitzende des FC Brandenburg 03, Herr Dieter Rieck, auf Antrag der CDU gekommen. Herzlich willkommen! Es sind für den SC Berliner Amateure Herr Gerd Liesegang – auch schon ein guter und alter Bekannter hier – auf Antrag der Linksfraktion sowie der Leiter des Sportamtes des Bezirkes Treptow-Köpenick, Herr Steffen Senkbeil, auf Antrag der SPD-Fraktion gekommen. Herzlich willkommen! – Ich bitte Sie, sich zu einigen, wer beginnt. Die Abgeordneten haben viele Fragen, und wir haben noch weitere Tagesordnungspunkte und Gäste. Wenn Sie sich mit Ihren Beiträgen auf bis zu fünf Minuten beschränken könnten, wäre ich Ihnen sehr verbunden. Wer möchte anfangen? – Herr Hanisch, bitte!

Peter Hanisch (Präsident des Landessportbundes): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Gelegenheit, hier zu diesem Thema, das uns alle sehr beschäftigt, ein paar Worte zu sagen. Geräusche und Lärm im Zusammenhang mit Sportanlagen sind in allen dicht besiedelten Gebieten immer ein Problem gewesen, natürlich auch in Berlin. Ich kürze jetzt ab – wegen Ihrer Bitte, Frau Vorsitzende, und damit die anderen Kollegen auch noch zu Wort kommen.

Aktuell betroffen sind nach unserer Erkenntnis über 30 Sportanlagen in unserer Stadt und damit verbunden der Spielbetrieb vieler Sportvereine. Die Folgen sind bereits jetzt Nutzungseinschränkungen des Sportbetriebs in vielen Bereichen. Auslöser dieser Probleme und deren Folgen sind Beschwerden von Anwohnern, die direkt oder in der Nähe von Sportstätten leben. Häufig sind es Einzelpersonen, auch solche, die hinzuziehen und dann klagen, obwohl sich der Sportplatz nachweislich schon viele Jahre oder Jahrzehnte dort befindet. Nachvollziehbare Lärmverursacher – auch das wissen wir – sind Fanfaren, Signalhörer, Pfeifen, Klatschen der Zuschauer bei Spielen oder Musik während des Spielbetriebs. Dies spielt eine große Rolle, während die Zurufe und „Tor!“-Rufe während des eigentlichen Spiel- und Trainingsbetriebs sicher keine so große Rolle spielen.

Probleme bereitet uns häufig aber auch die illegale Nutzung von Sportplätzen, dass abends, außerhalb der offiziellen Nutzungszeiten, Bürgerinnen und Bürger, die uns zugerechnet werden, oder Jugendliche, die nicht Mitglieder eines Sportvereins sind, dort möglicherweise Krach erzeugen. Auf die haben wir keinen Einfluss. Gravierend ist auch – wie wir alle wissen, das ging durch die Medien – die Form der Nutzung von Bolzplätzen. Wir hatten die ersten Schließungen von Bolzplätzen zu vermelden. Häufig kristallisieren sich auch sportfremde Ursachen heraus wie z. B. Feierlichkeiten im Vereinslokal. In Gesprächen mit Beschwerdeführern werden auch Hupen, zuschlagende Autotüren und falsch parkende Autos genannt. All diese Punkte haben wir gesammelt. Sie werden dem Thema Sportlärm zugeordnet.

Unser Ziel war es, ist es und wird es sein, insbesondere für die betroffenen Sportvereine Konfliktsituationen rechtzeitig und nach Möglichkeit gemeinsam mit den Anwohnern zu regeln. Das Lösen eines Problems unter Hinzuziehung der Behörden oder gar das Einschalten der Gerichte kann nicht in unserem Interesse liegen, auch nicht im Interesse der Anwohner. Leider gibt es Ausnahmefälle, bei denen ein Beschwerdeführer eindeutig den Konflikt sucht, wenig Verständnis zeigt und das gerichtlich einklagt.

Wir behandeln in unseren Gremien dieses Thema seit vielen Jahren sehr intensiv und mit großem Verantwortungsbewusstsein. In vielen Gesprächen mit den bezirklichen Sportverwaltungen haben wir versucht mitzuhelfen, anstehende Probleme zu bereinigen. Auch in der AG Leitbild des Senats wurde das Thema von uns angesprochen. Wir haben auch mit Vertretern aus dem Bundestag und dem Abgeordnetenhaus vielfach diese Thematik besprochen. Wir haben uns – darüber bin ich sehr froh – vor über zwei Jahren entschlossen, einen Flyer zu diesem Thema herauszugeben. Ich habe diesen Flyer „Sport & Lärm“ vorhin im Ausschuss

übergeben. Da geben wir 15 Hinweise und Empfehlungen, wie man mit diesem Thema umgehen sollte. Wir haben diesen Flyer mit zuständigen Vertretern der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz abgestimmt. Wir sind sehr dankbar dafür – einer dieser Mitarbeiter ist heute auch hier im Raum. Wir wollen damit ein Zeichen setzen, dass wir versuchen, dieses Problem gemeinsam zu lösen. Aufgrund der starken Nachfrage auch in den bezirklichen Umweltämtern haben wir Ende 2007 eine zweite, überarbeitete Auflage herausgebracht.

Wir versuchen, bereits vor Entstehen des Konflikts gemeinsam Situationen zu entschärfen. Es gibt viele Beispiele dafür. Der Sport in Berlin hat das schon immer, seit vielen Jahren, mit einem großen Verantwortungsbewusstsein behandelt. Dazu gehören notwendige Informationen zu rechtlichen Grundlagen, zu bestimmten Begriffen der Akustiklehre usw. Wir informieren die Vereine, unsere Partner, damit sie sich möglichst korrekt verhalten. Auch auf unserer Internetseite zu Sportstätten haben wir dies thematisiert.

Zum Abschluss meines kurzen Beitrags noch drei Bemerkungen – erstens: Wir verstehen nicht, dass häufig in vorauseilendem Gehorsam von einem Sportamt der Sportbetrieb zum Nachteil von Vereinen schon eingeschränkt oder eingestellt wird und wir das häufig erst hinterher erfahren – so, wie auf der Sportanlage Markgrafenstraße in Tempelhof geschehen. Das reißt mich vom Hocker. Bei derartigen Aktionen sollten – darum bitten wir herzlich – der Fachverband, hier der Berliner Fußballverband, und nach Maßgabe der Dinge auch unsere Abteilung Sportstätten von der zuständigen Bezirksverwaltung eingebunden werden.

Zweitens: Langfristig sollte erreicht werden, dass auf der Ebene der Bundesgesetzgebung, der Lärmschutzverordnung des Bundes – deshalb auch unsere Gespräche mit Bundestagsabgeordneten –, darüber diskutiert wird, die Dezibelwerte für Großstädte im Umfeld von Sportanlagen um 5 Dezibel anzuheben. Ich glaube, das ist keine unbillige Forderung. In meiner Straße fahren ständig Tausende von Autos durch, da ist noch niemand auf die Idee gekommen, die Straße zu schließen und den Straßenverkehr einzustellen. Wenn Kinderlachen als Lärm empfunden wird, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht, Berlin!

Drittens: Wir leben in einer Metropole, die von der Lebhaftigkeit der Menschen und Kieze getragen wird und damit auch von den Aktivitäten der Sportvereine. Schulen, Bolzplätze und Sportanlagen sind ein Teil unserer lebendigen Stadt. Deshalb setzt sich der Landessportbund für ein aktives Miteinander und gegen Ausgrenzung und Konfrontation ein. Insofern bin ich Ihnen allen sehr dankbar, dass Sie diese wichtige Frage heute thematisieren. Wir haben jetzt auch in den Bezirksverwaltungen Umfragen gestartet und arbeiten ihnen ständig zu, weil wir schon weit über 30 – mein Kollege Hahn hat von 50 gesprochen – Bereiche haben, wo sich Probleme entwickeln. Dass ein negatives Beispiel möglicherweise Schule macht – ich komme fast täglich am Sportplatz Heidenheimer Straße vorbei, weil ich Jogger bin –, das schockt mich an jedem zweiten Wochenende. Dort hat sich das Bezirksamt mit einem Anwohner geeinigt, dass der Fußballplatz jedes zweite Wochenende geschlossen wird. Das mag sehr schön für den einen Anwohner sein, aber was nun? Der Trainer sagt: Was machen wir mit den Sportlerinnen und Sportlern? – Sollen die dann auf die Straße gehen oder abends irgendwo Steine aufnehmen? Ich wünsche mir, dass sie lieber miteinander Sport treiben. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Das wünschen wir uns auch, Herr Präsident Hanisch! Vielen Dank für Ihre Stellungnahme! Sie haben es bereits erwähnt, und ich darf es noch nachholen: Ich begrüße herzlich den Vertreter der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Herrn Axel Strohbusch. Herzlich willkommen! – Wir fahren in der Anhörung fort. – Herr Rieck, bitte!

Dieter Rieck (1. Vorsitzender des FC Brandenburg 03): Schönen Dank, Frau Vorsitzende! – Als Vereinsvertreter des FC Brandenburg 03 kann ich ein bisschen aus der Praxis plaudern. Im Grunde genommen kann ich all das bestätigen, was mein Vorredner schon gesagt hat. Beispielsweise gab es 2003 ein älteres Ehepaar im Bereich des Sportplatzes Fritschestraße, das sich von dem Sportlärm, also Fußballlärm, gestört fühlte. Es wurde mit dem Sportamt gesprochen. Man ist nicht an uns herangetreten, um uns die Empfindungen zu schildern. Es gab dann Gespräche mit dem Bezirk, und es ging durch den örtlichen Sportausschuss. Letztlich hat man auch Messungen zu verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt. Man lag eine gewisse Dezibelzahl über dem zulässigen Lärmpegel, sodass man gesagt hat: Wir wollen dort einen Kompromiss eingehen.

Damit wir die Abendtrainingszeiten nicht aufgeben müssen, hat man uns angeboten, dass wir an den Wochenenden – Samstag und Sonntag – sowie an den Feiertagen in der Zeit von 13 bis 15 Uhr nicht spielen dürfen. Wir sind mit knirschenden Zähnen auf diesen Kompromiss eingegangen. Sie wissen, wenn so eine Lücke entsteht, geht eine Menge Zeit verloren. Darüber hinaus müssen Sie die Leute, die den Sportbetrieb dort aufrechterhalten, noch längere Zeit binden. Wir sind jedenfalls erst einmal einigermaßen damit zurechtgekommen.

Erstaunlich war, dass sich auf dieser Schiene noch ein paar Trittbrettfahrer eingeklinkt haben, die allerdings so eine Art Vorturner erkoren hatten, der sich mit uns unterhalten hat. Allerdings ist er einer Aufforderung zu einem persönlichen Gespräch nicht einmal nachgekommen. Er hat nur verschiedene Forderungen von irgendwelchen Mitbürgern vorgetragen. Der eine wollte gern bis 10 Uhr schlafen, das heißt, wir hätten erst um 10 Uhr anfangen können. Der andere sagte: Ich möchte gern abends meine Ruhe haben. – Wir hätten da also keinen vernünftigen Kompromiss finden können, sondern sind erst einmal dabei geblieben. Das ist nachher im Sande verlaufen. Wir haben seit 2004 keine Beschwerden dieser Art mehr erhalten.

Wir haben uns auch von unserer Seite aus bemüht – wir haben ja diesen Flyer –, weil wir den Bürgern auch Verständnis entgegenbringen – das ist klar, es ist nicht so, dass wir als Sportler egoistisch sind –, all den Lärm einzugrenzen, der über das normale sportliche Maß hinausgeht. – [Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion): Wie denn? – Weiterer Zuruf: Sie schießen keine Tore mehr!] – Wir haben unseren Trainern gesagt, sie mögen gerade in der Abendzeit, wenn es ruhiger ist, ihre Anweisungen in einem etwas gemäßigeren Ton überbringen. – [Heiterkeit] – Wenn man enthusiastisch dabei ist, dann ist das schwer! Bei den Spielen selbst haben wir Trillerpfeifen – außer dem Schiedsrichter, der darf das noch – oder irgendwelche Signalhörner oder was auch immer untersagt. Wir hatten sogar eine Sirene. Das haben wir auf dem Platz vollkommen eingestellt, sodass wir momentan recht ordentlich dort leben können. Dass es nicht der Weisheit letzter Schluss ist, ist mir auch klar. Wir würden lieber voll aus uns herausgehen können.

Zum Abschluss habe ich eine Anregung. Es sind auch Dinge gekommen wie: „Wir würden gern mittags bis 15 Uhr auf dem Balkon sitzen und uns die Sonne auf den Bauch scheinen lassen oder Kaffee trinken oder mal einen Mittagsschlaf machen.“ und dergleichen mehr. Für all das haben wir Verständnis. Aber wer setzt sich im Winter von 12 bis 15 Uhr auf den Balkon und trinkt Kaffee oder setzt sich im Winter in die Sonne? Vielleicht gäbe es hier noch Möglichkeiten, im Winterhalbjahr den Spielbetrieb etwas anders zu gestalten, indem man sagt: Im Winter bei schlechter Witterung kann auch über die Mittagszeit hinaus der Sport betrieben werden, und im Sommer werden diese Zeiten eingehalten. – Danke!

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Rieck! – Herr Liesegang, bitte!

Gerd Liesegang (S. C. Berliner Amateure): Schönen Dank, dass ich heute für meinen Verein, den S. C. Berliner Amateure, hier sprechen darf. Ich wünsche Ihnen auch ein frohes und gesundes neues Jahr und hoffe, dass alle zum Wohle der Stadt aktiv sind! – Ich habe den Verein S. C. Berliner Amateure 27 Jahre lang als Jugendleiter auf dem Sportplatz in der Körtestraße geleitet. Deshalb kenne ich ein paar Fälle, die länger zurückliegen.

Wer ist der S. C. Berliner Amateure? – Der Verein befindet sich in der Körtestraße im Schatten des Fichtebunkers, den jeder kennen wird. Er ist immer wieder aktuell im Gespräch wegen irgendwelcher Ummodelungen. Entweder kommt eine Ausstellung hinein, oder man versucht, irgendwelche anderen Sachen dort zu installieren. In seinem Schatten liegt der Sportplatz seit 1965. Der Verein selbst ist nur mit der Jugendabteilung dort ansässig. Seit 1975 spielt der Verein auf diesem Platz. Zu dieser Jugendabteilung gehören 450 Jugendliche im Alter zwischen dem 4. und dem 19. Lebensjahr. Insgesamt trainieren dort von Montag bis Freitag 24 Jugendmannschaften, und am Wochenende findet der Jugendspielbetrieb statt – also kein Erwachsenenspielbetrieb, sondern reiner Jugendspielbetrieb.

Wir haben zwei unterschiedliche Fälle, wo wir mit den Anwohnern zu tun hatten. Einer war jemand, der schon ein bisschen länger dort wohnte. Das war 1990. Das war ein Anwohner, der in der vierten Etage drei Fenster unmittelbar zum Sportplatz hin hatte und sich immer wieder über die Aktivitäten auf dem Sportplatz mokiert hat. Dann kam es im August 1990 zu einer Verhandlung vor Ort durch das Landgericht. Wir haben uns mit dem Richter, der Kammer, dem Anwohner und dem Verein dort getroffen. Er beklagte die Aktivi-

täten des Vereins. Er fühlte sich in seinem Lebenswandel gestört. Wenn er Fenster aufmachte, störte ihn alles, was dort passierte, und er bat um die üblichen Sachen: eine Mittagspause am Wochenende und in der Woche am besten um 20 Uhr das Training beenden, lieber noch ein bisschen früher. Sonnabend und Sonntag sollte eine Mittagspause eingeführt werden.

Wir konnten ihn nicht überzeugen. Wir haben mit dem Gericht einen Kompromiss vor Ort erarbeitet, und damit war er dann auch einverstanden. Wir sagten: Okay, wir machen in der Woche um 21 Uhr Schluss mit dem Training. – Vorher ging es bis 21.30 Uhr. Weiterhin haben wir gesagt: Wenn wir am Wochenende die Pause machen müssen, kriegen wir die Menschen sowieso nicht vom Platz herunter, die spielen weiter. Wir können niemand an die Hand nehmen und sagen: „Jetzt machen wir eine Pause. Jetzt setzt euch alle schön auf die Bank und guckt zu, dass hier nichts passiert!“ Wir spielen vielmehr durch und machen dafür um 18 Uhr Schluss. – Wir sind dann darauf eingegangen, dass am Sonntag um 14 bzw. 15 Uhr Ende ist und dann Ruhe herrscht. Damit konnte er leben. Dann haben wir die Sache mit dem Gericht festgenagelt und uns auf den Kompromiss geeinigt.

Als die Sache dann beschlossen und verkündet war, hat er als Krönung gesagt, dass er in vier Wochen aus der Wohnung ausziehe. Seitdem ist der Anwohner nicht mehr da. Er ist nach vier Wochen weggezogen, weil er woanders eine schönere Wohnung gefunden hatte. Wir haben seitdem immer noch das Problem, dass niemand vom Bezirksamt tätig wird, um die Sache wieder rückgängig zu machen. – Dies war der eine Fall, der schon ein bisschen länger her ist. Der Anwohner hatte uns auch gesagt, die frei spielenden Jugendlichen störten ihn nicht. Das war alles nicht das Problem. Ihm war nur der organisierte Vereinssport ein Dorn im Auge, und er hatte uns, kurz bevor er aus der Wohnung auszog, noch eins ausgewischt.

Die zweite Variante, die wir noch anzubieten haben, ist folgende: 1997 ist dort in einer Baulücke, unmittelbar angrenzend an den Sportplatz, ein Neubau, ein fünfstöckiges Wohnhaus mit Blick zum Sportplatz entstanden. Die Fenster sind alle in diese Richtung gebaut worden. Wir haben im Nachhinein vom Sportamt erfahren, dass die Bauauflage so gewesen ist, dass man das Bauamt darauf hinwies, dass dort Schallschutzfenster eingebaut werden müssen, weil dort Sportler aktiv sind und Menschen ihren Sport betreiben. Die Bauvorschriften sollten eingehalten werden. Ob sie eingehalten wurden, können wir nicht nachvollziehen. Jedenfalls war von 1997 bis fast 2000 eigentlich Ruhe. Die Leute fühlten sich wohl, die Fenster waren offen, es war alles okay. Danach fing auf einmal eine Anwohnerin an, die in der 2. Etage mit Blick auf den Sportplatz auf einmal störte, dass die Kinder unmittelbar vor dem Haus spielten. Sie müssen sich vorstellen: Dort ist quer der große Sportplatz mit 45 x 90 Metern, und dahinter ist noch ein Minispielfeld, denn zu der Zeit, als Tennis modern war, musste dort unbedingt ein Tennisplatz mit hin, und der wird jetzt von vier- bis sechsjährigen Kindern benutzt. Dort waren zwei Kleinfeldtore, weil immer die Kinder vom Kindergarten aus und unsere Jugendlichen dort spielten. Jedenfalls war dieses Kinderlachen verkehrt. Das durfte nicht mehr sein.

Wir haben als ersten Kompromiss mit der Anwohnerin die Tore dort weggenommen. Das hat nicht geholfen, weil Kinder einfallreich sind. Sie haben zwei Taschen hingelegt und weitergespielt. Wir konnten auch niemanden weiter davon überzeugen. Die Anwohnerin hat dann permanent alles Mögliche gegen den Verein vorgebracht, was sie gestört hat. Wenn sie meinte, wir seien dort mit Auto raufgefahren, schickte sie eine Mail an das Bezirksamt. Wenn sie meinte, die Kinder waren zu laut, gab es eine Mail an das Bezirksamt. Permanent wurden wir tyrannisiert. Wir haben alles Mögliche gemacht, damit das Spielen dort dementsprechend eingeschränkt wird. Wir haben die Kinder dort weggenommen. Sie lässt sonntagnachmittags – ab 14 Uhr ist bei uns Ende – die Jugendlichen, die den Platz betreten, permanent von der Polizei abholen. Der Platz ist abgeschlossen. Wir weisen darauf hin, dass der Platz geschlossen wird. Leider kann man nicht verhindern, dass junge Menschen über den Zaun klettern. Sie ruft regelmäßig, wenn Jugendliche sonntagnachmittags auf dem Platz sind, die Polizei an, und die Polizisten müssen – weil sie anständige Beamte sind – die Jugendlichen herunterführen. Zehn Minuten später sind sie wieder drauf.

Diese Frau hat seit dem Jahr 2000 permanent Beschwerden. Wir wollten mit ihr sprechen. Es ist nichts zu machen. Wir haben sogar noch weniger Sachen. Beim Training nehmen wir überhaupt keine Gegenstände, die irgendwie Krach machen. Wir haben die Trillerpfeife nur beim Spielbetrieb für den Schiedsrichter erlaubt. Alle anderen Leute sind ruhig. Wir haben dort weder eine Lautsprecheranlage in Betrieb noch irgendwas anderes. Also, es ist ein reines menschliches Bewegen.

Dieses ist der zweite Fall. Sie tyrannisiert den Verein ständig mit irgendwelchen Unterstellungen, die eigentlich auch nicht nachweisbar sind, aber leider ist das Bezirksamt nicht so stark, um zu sagen: „Jetzt ist endgültig Ende!“ und nicht mehr zu reagieren, sondern es reagiert auf jede Mail und unterstellt dem Verein aufgrund ihrer Hinweise, dass er dort nur Unfug treibt.

Als Krönung haben wir nun die folgende Sorge: Ich hatte am Anfang den Fichtebunker erwähnt. Dieser ist im Liegenschaftsfonds. Der Bezirk Kreuzberg ist sehr arm, braucht Geld und hat jetzt eine Alternative gefunden, dass nämlich für viel Geld auf dem Dach des Fichtebunkers teure Wohnungen entstehen, sodass wir erwarten können, dass die Menschen, die dorthin ziehen werden und sich solch eine Wohnung auf dem riesigen Bunker mit einem tollen Blick über Berlin leisten können, irgendwann anfangen werden, dem Lärm der Kinder sonntagsmorgens um 9 Uhr entgegenzutreten und zu sagen: Jetzt geht es nicht mehr. Ich möchte ausschlafen oder in Ruhe meinen Kaffee auf dem schicken Fichtebunker trinken.

Diese Probleme sind leider Alltag. Uns macht das Sorgen, denn dieselben Jugendlichen, die jetzt in der Körtestraße auf dem Sportplatz sind, kommen aus dem Graefe-Kiez, aus der Hasenheide, und wir können darauf warten: Macht man den Sportplatz zu, oder wird das Spielen weiter eingeschränkt – – Erst einmal werden die Jugendlichen nicht hinuntergehen, es sei denn, man bebaut den Platz. Es wird immer freie Fläche bleiben, und man wird dort immer spielen, oder wir stellen wie bei den Schulen einen Wachschild davor auf, um die Jugendlichen dort fernzuhalten. Aber dann sind die Jugendlichen nachher in der Hasenheide wiederzufinden und verkaufen Drogen. – Schönen Dank!

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Herr Senkbeil, bitte!

Steffen Senkbeil (Leiter des Sportamtes des Bezirks Treptow-Köpenick): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! – Als Amtsleiter des Sportamtes Treptow-Köpenick möchte ich wenig spekulieren und versuchen, einige Sachen darzustellen, mit denen wir in den letzten Jahren in unserem Bezirk zu tun hatten.

Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt – ich sage einmal vorsichtig – fünf Sportobjekte, wo wir uns mit Lärmfragen beschäftigen. Das sind zwei Bootshäuser, das ist die Regattastrecke in Grünau, und das sind zwei Fußballplätze. Gerichtlich anhängig sind eigentlich nur zwei Fälle in den letzten 17 Jahren gewesen. Es ist auf dem Sportplatz in Friedrichshagen zum Vergleich gekommen, wo wir vor Ort eine Veranstaltung mit dem zuständigen Gericht hatten, und bei der Regattastrecke ist vor Gericht die Klage zurückgezogen worden.

Seit fünf Jahren machen wir eine vertrauensbildende Maßnahme, gerade was die Regattastrecke betrifft. Wir laden die Anwohner der Regattastrecke Grünau und selbstverständlich auch alle betroffenen Sportvereine und -verbände ein und haben hier sehr gute Erfahrungen gemacht – auch im Umgang miteinander. Das ist mit das Wichtigste, was man den Vereinen, den Nutzern und den Anwohnern mit auf den Weg geben kann, nämlich dass man miteinander redet und sehr viel redet. Wir haben seit zwei Jahren eine große Harmonie bei dieser Veranstaltung, die wir immer Anfang Dezember machen. Bei dieser Versammlung am Anfang waren 150 Leute, und es ging zwischen den Parteien recht hoch her. Mittlerweile sind mehr die Befürworter der Regattastrecke vertreten als die Leute, die sich beschweren wollen. Das sind beim letzten Mal vielleicht noch 20 Leute gewesen, sodass man schon überlegt, ob man das einstellt oder nicht. Wir werden es weiterführen, um diesen Konflikt nicht wieder auflodern zu lassen. Aber hier haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht.

Alles in allem versuchen wir, den Vereinen ein bisschen Rüstzeug mitzugeben. Wir versuchen, Messungen mit dem Umweltamt durchzuführen, sodass jeder Verein ganz genau weiß, woran er ist. Das Umweltamt macht eine Prognose. Darin steht, wann zu welcher Zeit an welchem Tag wie lange trainiert werden darf. Wenn man sich daran hält und – wie gesagt – ordentlich miteinander umgeht, haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich habe in den letzten 18 Jahren einen einzigen Hardliner kennengelernt, wo es sehr schwierig war, aber alles in allem hat man schon gegenseitiges Verständnis geweckt.

Es ist auch wichtig, dass nicht nur die Anwohner und Betroffenen, sondern auch die Vereine ernst genommen werden. Die Vereine müssen an eine gewisse Situation erst einmal herangeführt werden. Es ist für Verbände und Vereine nicht so einfach, mit dieser Situation umzugehen. Es gibt den Vorstand, mit dem man redet. Der sagt: Okay! Das ist alles gut! – Dann versucht man, das in der Praxis umzusetzen, und das ist

manchmal dem einfachen Vereinsmitglied, das sich mit dieser Problematik nicht beschäftigt, nicht immer so ordentlich herüberzubringen. Das ist eine sehr schwierige Sache, sodass wir auch festgestellt haben, dass man über Jahre eine Verbesserung auch vonseiten des Vereins bringt und das nur Stück für Stück hält. Wenn es also jetzt im ersten Moment zu einem konkreten Anlass kommt, dann dauert es schon seine Zeit. Das Problem ist also nicht sehr schnell zu beseitigen. Es dauert seine Zeit, um wieder vernünftig mit der Sportstätte umzugehen. Oberstes Prinzip ist: Miteinander reden!

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Senkbeil! – Herr Staatssekretär Härtel!

Staatssekretär Thomas Härtel (SenInnSport): Frau Vorsitzende! – Die Herren haben ihre Ausführungen gemacht, und ich knüpfe an das an, was der Präsident ausgeführt hat, nämlich daran, welche Aktivitäten der Landessportbund entwickelt hat, um seine Vereine entsprechend zu informieren, wie man mit diesen Konflikten umgeht. Auf die Broschüre „Sport & Lärm“ ist hingewiesen worden, die neu aufgelegt worden ist, um damit eine Handreichung zu geben. Es ist deutlich geworden, dass es auch unterhalb von offiziellen Klagen, nach denen gefragt worden ist, Auseinandersetzungen vor Ort gibt und dass das in einer gewissen Weise in einer Großstadt auch nicht ausbleibt, bis hin zu Einzelangelegenheiten – das ist von Herrn Liesegang geschildert worden –, wo Personen, die – wie man so schön sagt – in der nachrückenden Bebauung manchmal sogar bewusst an ein Sportfeld ziehen, sich dann aber durch Lärm belästigt fühlen. Diese Probleme werden wir nicht verwaltungsmäßig regeln können, sondern man muss versuchen, sie in einem Dialog mit den Betroffenen zu klären.

Daher will ich nur den zweiten Punkt ausführen. Wir haben als Olympia-Stadion GmbH genauso diese Probleme, und zwar wegen der vielen Veranstaltung im Olympia-Stadion, in der Waldbühne oder dem Olympia-Park, und es hat sich eines als sehr positiv herausgestellt – das ist auch schon erwähnt worden –, nämlich einen vernünftigen, fundierten Nachbarschaftsdialog zu führen. Wir haben auch diese Erfahrungen gemacht – mal ein Fehler, mal positiv –, und zwar mit der Pyronale – nicht unbedingt eine Sportveranstaltung, aber auch eine Veranstaltung auf dem Olympia-Park-Gelände –, wo es am Anfang viele Irritationen gegeben hat, weil ein solcher Dialog nicht stattgefunden hatte. Er findet künftig statt, auch im Zusammenhang mit anderen Sportveranstaltungen. Insofern gibt es eine gewisse Entschärfung, und darauf setzen wir, unabhängig von anderen Regelungen, die die Gesetze vorgeben. Das ist die Zielsetzung, die wir weiterhin verfolgen sollten. Ansonsten ist dem nichts hinzuzufügen. Wir haben in der Stadt Sportlerinnen und Sportler, viele Kinder, die angemessene Bewegungsräume brauchen, und die sollten wir vorrangig unter diesem Gesichtspunkt so beachten.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Meine Damen und Herren! Nun kommen wir zu Ihren Fragen. – Herr Schaddach, bitte!

Robert Schaddach (SPD): Erst einmal recht schönen Dank für die Zeit, die Sie sich genommen haben, um einmal auszuführen, was die individuellen Probleme aus Sicht der Vereine und auch aus Sicht des Landessportbundes und des Bezirksamtes Treptow-Köpenick sind! – Wo Menschen zusammenleben, entstehen immer Konflikte. Das ist insofern sehr kompliziert, weil auf der einen Seite das Recht auf Wohnung steht: Man kommt nach der Arbeit nach Hause, will seine Ruhe haben, setzt sich in seinen Garten oder in seine Wohnung, hat aber in seiner Nachbarschaft einen Sportverein, wo es ein bisschen lauter zugeht. Das ist immer mit Problemen behaftet, und die Probleme kann man nur im Dialog lösen. Das sehen wir auch so. Es gibt Ansätze, und jeder versucht sein Bestes, um in dem Bereich Lösungen zu finden. Aber manchmal führt das beste Tun nicht dazu, dass man das Beste erreicht, und die Konflikte enden mitunter vor Gericht, und es gibt riesige Runden und Probleme, die in allen Bereichen entstehen.

Im Vereinssport macht man den Sport nach der Arbeit, im Großen und Ganzen in seiner Freizeit, und die Nutzungszeiten von Sportflächen sind teilweise – – Ein Fußballplatz beispielsweise ist in der kälteren Jahreszeit nur tagsüber nutzbar. Abends ist es schon dunkel, und man kann ihn nicht nutzen, wenn keine Flutlichtanlagen etc. vorhanden sind. Es wohnen auch nicht alle Sportler direkt am Sportfeld, sondern sie reisen mitunter durch unsere schöne große Stadt Berlin und brauchen eine Ewigkeit, um dorthin zu kommen. Somit steht relativ wenig Zeit zur Verfügung, und wenn es dann vielleicht noch eine Lärmmessung gibt, die einem sagt: „In der Ruhezeit zwischen 13 Uhr und 15 Uhr darf nicht gespielt werden.“, dann ist die Zeit am

Wochenende sehr eingeschränkt. Dann wird das schon zum Konflikt und zum komplizierten Fall, und manche Fälle lassen sich dann nicht so einfach lösen.

Wir als Koalitionsfraktionen haben das Thema auf die Tagesordnung gesetzt, um einfach einmal zu überlegen, wo wir als Abgeordnete, als Ausschuss und als Parlament noch mehr tun können, um diesen Konflikt noch mehr zu entschärfen und zu überlegen, wie wir Mittel und Wege finden, um letztendlich das berechnete Interesse des Sports, den wir hier vertreten, zufriedenzustellen, aber auch die anderen Interessen zu berücksichtigen. Insofern sind wir für die Anregungen, die gekommen sind, dankbar, möchten aber gern noch konkreter wissen – diese Frage geht an Sie alle –, wo wir als Parlamentarier mehr tun können, damit neben dem, was schon im Dialog oder in der Moderation passiert, noch mehr Lösungen gefunden werden. Manchmal kommt es zu keiner Lösung, aber man muss Wege finden. Ist die Lärmschutzverordnung vielleicht zu weit gefasst? Gibt es da Möglichkeiten, etwas zu tun? Wo ist der Weg?

Wir wollen diese Anhörung auch nutzen, um die Ergebnisse, die dann letztendlich im Wortprotokoll nachzulesen sind, weiterzuerfolgen und das Thema in regelmäßigen Abständen nachzuvollziehen. Wir werden dann z. B. jährlich schauen, wie der aktuelle Stand ist, um dann vielleicht Konsequenzen daraus zu ziehen, was man gesetzgeberisch tun kann. – Das erst einmal in aller Kürze!

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Schaddach! – Jetzt hat Herr Czaja das Wort für die FDP-Fraktion.

Sebastian Czaja (FDP): Vielen Dank! – Mein Eindruck nach dieser Anhörung war, dass wir den Tisch nach links und rechts unendlich hätten erweitern können, und dann hätten viele Ihrer Kollegen aus den Vereinsvorständen dieser Stadt Platz nehmen und auch jeweils solche Beispiele, wie Sie sie gerade geschildert haben, anführen können, denn es geht vielen Sportstätten in der Stadt so, wie Sie es heute speziell für Ihre Vereine beschrieben haben.

Ich will insbesondere die Möglichkeit nutzen, Nachfragen zu stellen. Herr Präsident Hanisch! Sie hatten am Anfang ausgeführt, dass das größte Problem – und das war in den Ausführungen der weiteren Anzuhörenden deutlich erkennbar – nicht unbedingt in erster Linie der organisierte Vereinssport ist, sondern dass es dort, wo man sich über die Abmachungen und Regularien, die Sie getroffen haben, hinaus Zugang zu Sportstätten verschafft, zu weiteren Konflikten mit den Anwohnern kommt. Sie nannten das „illegale Nutzung“ der Sportstätten. Da würde mich interessieren – in dem Flyer habe ich in der Kürze der Zeit keinen Vermerk dazu gefunden –, wie Sie genau diesem Problem entgegenzutreten. Sie haben gesagt, es sei höchst schwierig, diesem Problem letztlich entgegenzutreten, denn irgendwann wird so eine Sportstätte abgeschlossen, und dann müsste man z. B. einen privaten Wachsenschutz beauftragen. Aber dennoch werden Sie in Ihrer täglichen Arbeit Erfahrungswerte haben, wie man regulativ werden kann, um das abzustellen. Dazu würden mich Ihre Meinung und Ihre Erfahrungswerte interessieren. Es gab auch schon Ihrerseits das Herantreten an die bezirklichen Ordnungsämter, um dort unterstützend und moderat aktiv zu werden. Vielleicht gibt es da ähnliche Bemühungen.

Für mich ist deutlich geworden, dass überall da, wo piefige Regulierungen den Sport in einen Stundenplan pressen, noch kein Erfolg erreicht ist. Das Erfolgsrezept – Sie mögen mich korrigieren – ist also eher der Dialog, den Sie führen – der Dialog mit den Anwohnern, der Dialog mit den Betroffenen. Da mag es einmal schnell mit dem Bezirksamt aufgrund der entsprechenden Regularien E-Mails oder Postverkehr geben, aber der Dialog, den Sie am Ende mit den Lokalakteuren führen, ist letztlich das Fruchtbringendere. Das ist zumindest mein Eindruck, den ich aus der Anhörung mitnehme.

Ich will ein aktuelles Beispiel aus einem Brief aus dem Bezirk Spandau geben, der mich in den letzten Tagen erreicht hat – sicher die anderen Kollegen auch –, wo es um die Frage ging, ob dort Kanu gefahren werden kann oder nicht, und wo es letztlich aus der Bezirksverwaltung ein Verbot gab, dass diese Strecke nicht befahren werden darf, allerdings dann aber eine Bühne für ein Fest genehmigt wurde. Da ging es um das Stören von Brutabläufen. Daran kann man ein Stück weit festmachen, dass die Transparenz enorm wichtig ist – gerade für den Sport –, um solche Entscheidungen nachzuvollziehen. Ich kann das erst einmal nur anhand des Briefes bewerten, aber ich glaube, es wäre wichtig gewesen, wenn man hier eine Transparenz hätte herstellen können – auch gegenüber dem betroffenen Verein. Der hätte dann nachvollziehen können, wieso

seine Veranstaltung nicht stattfinden darf, dafür aber in unmittelbarer Nähe ein Volksfest stattfindet – ich habe das jetzt auch nicht mehr so präsent – oder jedenfalls eine Bühne mit entsprechender Lärmbelastung steht. Deshalb möchte ich an die bezirklichen Verwaltungen, aber auch an die Senatsverwaltung appellieren, höchstmögliche Transparenz herzustellen und nicht mit piefigen Regularien vorzugehen.

Eine abschließende Frage bleibt mir noch, und zwar möchte ich wissen, inwieweit Sie denn die Lärmbelastung qualifizieren können. Wir haben oft auch in den Tageszeitungen dieser Stadt entsprechende Gutachten, in welchen Regionen der Stadt wir es mit viel Lärmbelastung zu tun haben bis hin zu sogar krankmachendem Lärm. Ich würde erst einmal sagen, dass Sportlärm nicht krank macht, aber trotzdem würde mich da Ihre Einschätzung interessieren. Wovon sprechen wir eigentlich, wenn man dann auch über entsprechende Initiativen, wie sie ja vorgeschlagen wurden, gegebenenfalls nachdenkt, also z. B. mit fünf Dezibel nach oben zu gehen.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Czaja! – Meine Damen und Herren! Es steht mir nicht zu, Sie zu belehren. – [Sebastian Czaja (FDP): Dann lassen Sie es!] – Ich lasse es auch. Ich bitte nur, die Zeit zu nutzen, um Fragen an die Anzuhörenden zu stellen, die sich extra die Zeit genommen haben, um heute hier zu sein und auf unsere Fragen zu antworten. – Frau Kubala!

Felicitas Kubala (Grüne): Nur ein ganz kurzer Kommentar: Wir sollten uns durchaus auch einmal selbst einen Eindruck in der Beratung verschaffen, wie wir das Lärmproblem durch Sport einschätzen. Dann ist diese Anhörung durchaus gut und sinnvoll, und ich danke denen, die gekommen sind, uns hier zu berichten. Das Thema Lärm ist gerade in der Großstadt immer ein Konfliktthema, und, Herr Czaja, ich muss Ihnen widersprechen. Lärm macht krank, egal ob er Sport-, Verkehrs- oder Gewerbelärm ist. Es ist die Summe der Hintergrundbelastung, der Lärmbelastung, die Menschen – ob sie an Hauptverkehrsstraßen oder neben der Sportanlage wohnen – belastet, schlecht schlafen lässt und nervös macht. Der Lärm verursacht Herzkrankheiten usw. Da wird die Gesundheitsverwaltung noch viel besser berichten können. Sie messen diesen Gesamtlärm auch im Rahmen der EU-Umgebungslärmrichtlinie. In diesem Gesamtlärm muss man durchaus auch den Sportlärm oder den Lärm, der durch Sportanlagen verursacht wird, einordnen. Auch wenn er uns emotional vielleicht näher liegt, ist er Teil der Gesamtbelastung durch den Lärm.

Aber so, wie Sie uns das geschildert haben – allen Beiträgen entnehme ich das –, ist der Sportlärm nicht ein so großer Anteil. Wenn ich einmal betrachte, was Sie uns an Einzelfällen geschildert haben, so sind die im Einzelfall sehr ärgerlich sind, weil Lösungen gefunden werden müssen, und wenn derjenige, der sich beschwert hat, wegzieht, wenn alles geregelt ist, ist das besonders ärgerlich. Aber es sind – so wie Sie es uns geschildert haben – durchaus individuelle Fälle, also Einzelfälle, die auch Einzellösungen brauchen.

Der LSB schreibt in seiner Stellungnahme auch von 29 geprüften Einzelfällen. Das ist aus meiner Sicht noch nicht so erheblich viel. Ich habe viele Jahre im Umweltamt den verhaltensbedingten Lärm behandelt, und dort war ein Vielfaches an Beschwerden zu verzeichnen. Auch in den Stellungnahmen des Senats können wir lesen, dass uns insbesondere die Regattastrecke Probleme schafft. Auch der Vertreter aus Köpenick bestätigte, dass in Grünau offensichtlich wenig Toleranz da ist und viele Beschwerden kommen bzw. Beschwerden aus einer Richtung, wie wir alle wissen. Da müssen sowieso Einzelfälle auch einzeln behandelt werden, und das scheinen Sie in Ihren Gesprächen mit denjenigen, die sich durch den Lärm gestört fühlen, und denen, die ihn verursachen, durchaus im Einzelfall sehr erfolgreich zu machen.

Die 22. Bundes-Immissionsschutzverordnung zu den nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen brauchen wir offensichtlich auch nicht zu ändern – d. h. eine Bundesratsinitiative zur 18. BImSchV brauchen wir auch nicht loszutreten. So ist jedenfalls mein Eindruck. Ich habe auch keine entsprechenden Forderungen von Ihnen gehört. In das Landes-Immissionsschutzgesetz wäre durchaus ein Passus aufzunehmen, aber auch das habe ich von Ihnen nicht gehört.

Ich möchte noch einmal betonen, dass ich das durchaus interessant fand, was Sie uns vorgetragen haben, aber ich möchte fragen, wo Sie auf unserer Seite einen Handlungsbedarf sehen. Wo sollten wir als Parlament tätig werden? Wo kommen Sie in einzelnen Fällen und gerade in Ihren kooperativen Maßnahmen nicht weiter und brauchen parlamentarische Unterstützung? – Das wäre mein Anliegen, dass Sie uns da vielleicht noch ein bisschen weiterhelfen.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Frau Kubala! – Frau Dr. Hiller, bitte!

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion): Vielen Dank für Ihre Darstellungen! – Ich glaube, dass der Lärm im Sport – wie er hier dargestellt wird – gewissermaßen auch eine Ventilfunktion hat, dass man sich nämlich über Lärm allgemein aufregt und das an dieser Stelle konkret machen kann, denn oftmals ist es gar nicht der konkrete Sportlärm, sondern das Auto vor der eigenen Haustür, das Hupen oder das Schreien von Kindern. Für mich drückt sich darin letztlich auch eine durchaus vorhandene Kinderfeindlichkeit aus. Das geht ja über den Sport hinaus, denn man kann hier auch Spielplatzlärm mit einbeziehen, wo man sich auch durch Kinderlärm gestört fühlt. Das ist bedauerlich, und ich denke, wir können über die Medien viel erreichen. Ich wünsche mir, dass man aufklärend aktiv ist, denn es wurde hier ja sehr deutlich, dass die Klärung ohne Behörden und Gerichte das Wichtige ist. Ich wundere mich in diesem Zusammenhang, dass man Tempelhof am Leben erhalten will, wo Fluglärm zu der großen Belastung gehört, wir aber andererseits diskutieren müssen, dass Sportlärm punktuell stattfindet. Das ist schon ein Widerspruch in sich.

Meine Fragen gehen in die Richtung, wo wir aktiv werden können. Herr Staatssekretär! Agieren die Bezirke richtig, die eingeschränkte Sporttrainingszeiten zulassen? – Wenn eine Ruhepause von 13 Uhr bis 15 Uhr am Wochenende von vornherein eingeplant wird, ist es auch eine Einschränkung der Sportnutzungszeit. Aus meiner Sicht ist das gesetzlich nicht gedeckt. Wenn man es punktuell macht – schön, aber eigentlich führt es zu einer schlechteren Ausstattung des Sports, und an manchen Stellen kann man es sich nicht erlauben. Wenn Fußball von 13 Uhr bis 15 Uhr an manchen Stellen erlaubt ist und an anderen nicht, ist der gesamte Ablauf auf jeden Fall gestört.

Zweite Sache: Welche Möglichkeiten sieht man, dass Bebauungspläne geändert werden, dass Änderungen von vornherein notwendig sind, dass also nur noch Bebauungen bis zu einem bestimmten Maße möglich sind? – Das hilft uns natürlich bei bestehenden Sachen nicht, aber es könnte ja politisch auf längere Sicht angestrebt werden, dass man da Änderungen anregt. Ich bin da leider nicht so versiert. Das müsste man sich anschauen.

Drittens: Diese Dezibelmessungen sind sicherlich für die Psyche ganz wichtig, und es ist ganz interessant, das einmal zu hören. Ich glaube aber nicht, dass sie generell zu einer Veränderung des Gesetzes führen müssen. Sehe ich das falsch? Würde es denn überhaupt zu Veränderungen im Verhalten führen? – Das zweifle ich einfach an.

Um einmal eine Kleinigkeit aus meinem früheren Leben als Sportlehrerin zu berichten: In meiner Ausbildung – noch zu DDR-Zeiten – war ich in einer Schule, wo man in den Fluren Sportunterricht machen musste. Da wurde „Fäustchenfreuen“ eingeführt. Das heißt, die Schüler durften für den Augenblick „Fäustchenfreuen“ machen. Das könnte man auf den Sportplätzen einführen. Das war auf jeden Fall eine sehr ruhige Sache. – [Heiterkeit] –

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Frau Dr. Hiller! – Herr Statzkowski, bitte!

Andreas Statzkowski (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon viel gesagt worden. Deswegen will ich mich auf einige wenige Bemerkungen konzentrieren und das durch insgesamt drei Fragen abrunden.

Es scheint mir so zu sein, dass es sich um eine gewisse Anzahl von Einzelbedürfnissen handelt, die immer wieder hochkommen und geregelt werden müssen, die zu diesen Problemen im Einzelnen führen, wobei – Herr Liesegang – es offensichtlich kein Einzelfall gewesen ist, dass in solchen Fällen der eine oder andere dann wegzieht, wenn das Problem problematisiert worden ist. Ich kann mich erinnern, dass es in der Fritschestraße so ähnlich war, und auch von anderen Sportanlagen hat man das so gehört. Das hilft natürlich nicht unbedingt weiter.

Der zweite Punkt: Mir scheint es gerade bei den Fußballplätzen häufig ein erhebliches Spannungsverhältnis zu geben zwischen den sozialen Bedürfnissen an der einen Stelle und der dichten Bebauung und den Anwohnerinteressen auf der anderen Seite. Auch da gibt es eine große Parallelität zwischen ihrem Fall und dem

Fall von Herrn Rieck und vergleichbaren anderen Fällen, wo man schauen muss, dass die soziale Bedeutung und die soziale Rolle, die die Sportvereine haben, ganz erheblich sind – gerade gegenüber den Kindern und Jugendlichen – und dass gerade dort die Sportplätze in ihrer Funktion und Bedeutung unheimlich wichtig sind. Man muss dort sehr sorgsam abwägen, wie man die Sportplätze und Sportvereine in ihrer sozialen Rolle erhält.

Das Faltblatt des Landessportbundes finde ich persönlich sehr hilfreich. Aus der Anhörung hat sich aus meiner Sicht ergeben, dass es wichtig ist, die Gespräche mit den Anwohnern in solchen Fällen zu suchen, wohl wissend – so, wie heute hier berichtet –, dass nicht immer auf solche Gesprächsangebote eingegangen wird.

Auch diese Veranstaltungen vor Beginn der jeweiligen Saison haben sich als sehr positiv herausgestellt – so, wie es der Sportamtsleiter aus Treptow-Köpenick geschildert hat. Da kann man auch andere Veranstaltungen als Beispiel anführen, wenn ich z. B. an die Waldbühne denke – diametral an der anderen Seite der Stadt. Da gab es vor zehn Jahren jedes Mal im Frühjahr einen riesigen Aufstand der Anwohner. Inzwischen gibt es seit zehn Jahren eine ähnliche Veranstaltung, wie Sie sie geschildert haben, mit der Folge, dass heute eigentlich niemand mehr über die Immissionsprobleme der Waldbühne als solche spricht, weil man die Anwohner einbindet, weil man sie beteiligt, weil man auch in bestimmten Punkten überlegt, auf ihre Interessen konkret einzugehen. Gerade diese Veranstaltungen scheinen mir persönlich sehr wichtig zu sein.

Eine Kleinigkeit am Rand: Das mag nicht unbedingt für das Abgeordnetenhaus gelten können, aber da die Masse dieser Probleme bei den bezirklichen Sportanlagen auftritt, fand ich es hilfreich, dass z. B. die BVV von Charlottenburg-Wilmersdorf damals einen Beschluss gefasst hat, dass alle Lärmprobleme dem Sportausschuss vonseiten des Umweltamtes mitzuteilen sind, damit sich anschließend der Sportausschuss konkret mit dem Bezirksamt in einer Sportausschusssitzung mit diesen Problemen noch einmal auseinandersetzen kann, damit man die Probleme nicht laufen lässt und damit insbesondere nachher nicht Gerichte über das eine oder andere Problem zu entscheiden haben, sondern dass man versucht, im Vorhinein solche Fälle in irgendeiner Form möglichst positiv zu lösen.

Jetzt zu meinen drei Fragen: Die erste Frage richtet sich an den Sportamtsleiter. Habe ich Sie recht verstanden, dass nach dem jetzigen Stand der Dinge keine unmittelbare Gefahr für die Regattastrecke in Grünau zu erwarten ist? – Eine sehr überschaubare Frage.

Frage zwei richtet sich an den Senat: Wie ist die konkrete Situation im Bereich des Olympia-Stadions – also, die Ist-Situation, denn die Vergangenheit hatten Sie angesprochen? Gibt es ähnliche Probleme und Vorfälle auch in Hohenschönhausen?

Ein letzter Punkt, der betrifft insbesondere die Senatsverwaltung für Sport, aber auch die für Gesundheit: Ich würde gern von Ihrer Seite hören, ob Sie eine Änderung des Bundesgesetzes für notwendig halten, um diesem Problem in irgendeiner Form Rechnung zu tragen. Das ist eine offene Frage, aber an beide Senatsverwaltungen gerichtet.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank! – Die erste Fragerunde ist damit beendet. – Meine Herren! Sie haben die Fragen gehört. Wenn ich das zusammenfassen darf, ging es im Wesentlichen darum, uns mitzuteilen, wo wir unterstützend wirken können. Einige Fragen sind z. B. konkret an Sie, Herr Senkebeil, gerichtet worden. – Wer möchte antworten? – Herr Präsident, wenn Sie vielleicht die allgemeine Bitte nach Handlungsrichtlinien aufgreifen könnten! – Bitte, Sie haben das Wort!

Peter Hanisch (Präsident des Landessportbundes): Ich denke, wir haben unsere konkrete Sorge artikuliert. Die Häufung von inzwischen fast 50 Fällen, die bis auf drei Fälle unterhalb eines Klageverfahrens sind, geben uns zu großer Sorge Anlass, und zwar deshalb, weil die Individualinteressen einzelner Bürger immer wieder zu solchen generellen Entscheidungen führen. Insofern ist es für uns alle wichtig – diese Frage haben einige von Ihnen gestellt –, dass klare, möglicherweise klarere rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. In einer Stadt wie Berlin müssen Wohnen, Arbeiten und Sporttreiben im Kiez stattfinden. Wir können nicht Sportplätze, Spielplätze und derartige Anlagen, die mit Lärm verbunden sind, an den Rand der Stadt legen, sonst haben wir lange Anfahrtszeiten. Sport muss im Kiez stattfinden. Die Situation ist so, dass wir dort die Enge haben. An der Rathausstraße, der Kurfürstenstraße und der Körtestraße waren schon seit Jahrzehnten die Sportplätze, und dann ist herangebaut worden. Nehmen Sie die Körtestraße, wo aktuell Eigentumswohnungen entstehen, wie Herr Liesegang uns sagte. Es könnte sein, dass dort plötzlich 500 Kinder auf der Straße stehen, weil derjenige, der dort kauft, uns in einem Jahr sagt: Ruhe bitte! Ihr müsst schließen.

Wir treffen unsere eigenen Maßnahmen. Frau Kubala, Sie haben recht, dass wir auch selbst bereit sind, die Gespräche zu führen. Wir versuchen, das alles unterhalb einer Klage zu regeln. Aber wenn das immer zu Schließungen, also Verbot des Sports, führt, dann ist das nicht in meinem Sinne. Ich habe deshalb auch aufgrund der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Hiller, wo der Senat vor wenigen Wochen geschrieben hat, es seien nur drei Klagen bekannt, an den Staatssekretär Hoff geschrieben: Es ist grundsätzlich zu klären, was unter Klagen zu verstehen ist, denn die anderen Punkte sind alle im Vorfeld durch einen Kompromiss geregelt worden. – Mein Appell kann nur sein – im Rahmen der Gewaltenteilung können wir hier bezüglich der Judikative keine Abstimmung machen –, dass auch der Einzelrichter, der zu entscheiden hat, nicht nur das Individualinteresse einer Bürgerin sieht, die ihre Ruhe haben will, sondern das Gesamtinteresse sieht, dass Hunderte andere einverstanden sind, dass in einer Stadt wie Berlin Sport, Spiel usw. eben auch einen gewissen Lärm erzeugen. Das ist meine Bitte.

Das Zweite ist – der Abgeordnete Czaja hat diese Frage gestellt –: Natürlich wünschen wir uns das nicht nur im Rahmen des Vereinssports. Wir nehmen unsere Verantwortung sehr ernst, dort Ruhe zu bewahren, Lärminstrumente zu vermeiden usw. Aber wir wünschen uns, dass „Sport für alle“ die Öffnung von Spielplätzen, Bolzplätzen und Sportanlagen auch außerhalb unserer Nutzungszeiten heißt. Wenn dann Menschen dorthin kommen – wir wissen das gerade von den Bolzplätzen, die geschlossen werden mussten –, dann fühlen sich abends die Anwohner gestört. Aber das sind häufig ältere Jugendliche, die da möglicherweise mehr machen als nur spielen.

Mein Appell an Ämter: Ich bitte darum – es gibt viele positive Beispiele: Umweltamt und Sportamt, Herr Statzkowski hat dazu ein gutes Beispiel genannt, oder die Einbeziehung des Sportausschusses –, dass wir versuchen, vieles einvernehmlich zu regeln. Wir haben die normalen Sportplätze in der Stadt. Das andere sind die Veranstaltungstätten. Grünau ist genannt worden. Das ist einmal gebaut worden, um dort Wettkämpfe und Meisterschaften im Kanu und im Rudern durchzuführen. Ich bin sehr dankbar – wir haben viele Gespräche geführt –, dass uns das nicht verboten wird, sondern dass wir es nur einschränken. Das Zweite ist der Bereich Olympia-Stadion, Waldbühne usw. Da ist es auch so, dass plötzlich ein einzelner Anwohner aus dem Corbusier-Haus den Betrieb im Olympia-Stadion verbieten wollte. Da muss ich Ihnen ehrlich sagen – ich sage das nicht nur, weil ich der Sportchef in Berlin bin –: Es kann nicht wahr sein, dass wir ernsthaft gerichtlich prüfen, ob wir möglicherweise nach dem 17. Spiel – sollte Hertha BSC mal in die Champions League kommen – das 18. und 19. Spiel verbieten, weil uns irgendwo Grenzen durch Lärmschutzverordnungen gesetzt werden. – Die allgemeinen Punkte habe ich angesprochen. Herr Schaddach hat gefragt, ob man Grenzwerte braucht. Das kann ich nicht beantworten, ich bin nicht der Experte. Bei aller Beachtung der Einzelinteressen der Bürgerinnen und Bürger müssen wir uns in einer Stadt wie Berlin fragen, ob diese Grenzwerte, die wir beim schädlichen Lärm haben, nicht einmal zu überprüfen.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Herr Senkbeil, bitte!

Steffen Senkbeil (Leiter des Sportamts des Bezirks Treptow-Köpenick): Herr Statzkowski! Die Regattastrecke in Grünau ist nach dem jetzigen Zeitfenster gesichert. Wir haben eine Einschränkung, und zwar, dass wir nur vier Motorsporttage dort durchführen dürfen. Keinerlei Einschränkungen haben wir bei den anderen Sportarten, also Kanu, Rudern, Drachenboot und dergleichen. Das haben wir gemeinsam mit der Senatsver-

waltung nach der 2. Verordnung dort hingekriegt. Ich glaube, dass das im allgemeinen Interesse liegt. Aber das ist ein Beispiel, wo wir mit dem Bürger zusammen gesagt haben: Können wir nicht einen Veranstaltungsplan für das nächste Jahr herausgeben? – Dann wissen die Bürger: Dann ist hier die Europameisterschaft im Motorbootrennen. Da ist also Krach, der noch über fünf Kilometer zu hören ist. Wer das weiß, kann sagen: Okay, dann fahre ich über das Wochenende mal weg. – Solche Dinge lassen sich im Vorfeld im Miteinander klären.

Ein anderer Punkt: Forderungen zu stellen, steht mir sicher nicht zu. Ich bin dafür da, die Dinge einzuhalten oder zu vermitteln, dass die Dinge eingehalten werden, die vorgegeben sind. Bei den Forderungen sind der Sport bzw. die gewählten Vertreter gefragt. Für mich ist das eine schwierige Situation. Wir haben eindeutige Dezibelzahlen, die vorgegeben sind. Es gibt die reinen Wohngebiete und die Mischwohngebiete. Jeder weiß, woran er ist. Jeder weiß, wie lange, wie oft und in welchem Zeitrahmen er seinem Sport nachgehen kann. Das wird gemeinsam ausgelotet. Es wird eine Prognose gemacht, und diese wird im Schnitt vor Ort fast immer bestätigt. Wenn eine Veranstaltung stattfindet und wir jemanden vom Umweltamt dorthin schicken, der an dieser Stelle misst, ist es fast immer so, dass die Prognose auch eingehalten wird. Beim Fußball geht es oftmals nur um ein, zwei oder drei Dezibel – bei fast jeder anderen Sportanlage auch. Das sind also keine großen Dezibelzahlen, um die das überschritten wird. Das ist klar. Aber wir haben hier und da Probleme in der Stadt, wie Herr Schaddach schon sagte. Mit der beginnenden Dunkelheit ab 16 Uhr ist es auch für den Fußballverband sehr schwierig, am Sonntag seine Punktspiele im Bereich der 1. Herren durchzuführen. Jeder weiß, von 13 bis 15 Uhr ist Ruhezeit. Aber es ist für den Fußballverband fast nicht handelbar, wenn man erst um 15 Uhr anfangen würde.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Senkbeil! – Herr Strohbusch, bitte!

Axel Strohbusch (SenGesUmV): Danke, Frau Vorsitzende! – Herr Staatssekretär! Verehrte Damen und Herren! Ich möchte zu den angesprochenen Themen aus der Sicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz kurz etwas zum Lärmschutz sagen. Nach unserer Einschätzung – wir haben auch die Kleine Anfrage beantwortet – ist das Problem Sportlärm sicherlich im Einzelfall für die Vereine durchaus ein Problem, allerdings kein flächendeckendes Problem im Land Berlin. Es kursieren verschiedene Zahlen. Vom Landessportbund wurden uns 29 Fälle von akuten Lärmproblemen gemeldet. Ich habe heute mal geguckt: Wir haben 255 Sportplätze. Das sind ca. 11 Prozent, die davon betroffen wären. Wenn man das mit dem Gaststätten- oder Baustellenlärm vergleicht, dann haben wir dort ganz andere Zahlen. Auch da sagt keiner, das sei ein flächendeckendes Problem, sondern es sind nach unserer Einschätzung Einzelfälle, die auch als solche behandelt werden müssen.

Aus unserer Sicht ist die Änderung der 18. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, der Sportanlagenlärmschutzverordnung, kein geeigneter Weg, um mit diesem Problem umzugehen. Die Sportanlagenlärmschutzverordnung ist 1991 als Kompromiss zwischen Umweltschutzanforderungen und Anforderungen der Sportverbände entstanden. Sie ist nach unserer Auffassung sehr gut geeignet, um diese unterschiedlichen Anforderungen und Interessenkonflikte aufzulösen. Insbesondere halten wir von einer Anhebung der Immissionsrichtwerte um 5 dBA nichts, denn es geht hier um Mittelungswerte, Mittelungspegel. Wenn man hier im Einzelfall um 5 dBA erhöhen würde – in einem Mittelungspegel –, würde das dazu führen, dass wir auf einmal in den Einzelereignissen bei den einzelnen Messwerten sehr viel höhere Lärmpegel als zulässig betrachten würden. Das halten wir nicht für zuträglich, zumal sich das System der 18. Verordnung mit den nach Gebietsausweisung abgestuften Immissionsrichtwerten auch in das übrige System der Immissionsrichtwerte nach der TA Lärm, der AVV Baulärm und den anderen freizeitlärmrechtlichen Regularien einfügt, sodass es insgesamt ein stimmiges Konzept ist.

Angesprochen worden ist die Mittagspause zwischen 13 und 15 Uhr an den Sonntagen. Sie ist in der 18. Verordnung sehr starr geregelt. Mittagspause bedeutet hier aber nicht, dass gar kein Sportbetrieb möglich ist, sondern dass ein gegenüber dem Tageszeitrichtwert um 5 dBA geminderter Immissionsrichtwert einzuhalten ist. Dass das funktioniert, haben wir an verschiedenen Stellen schon gesehen. Die Sportanlagenlärmschutzverordnung konstituiert hier kein Betätigungsverbot, sondern sagt, dass der Lärmpegel abzusenken ist. Das ist wichtig.

Aus unserer Sicht auch sehr wichtig ist der Nachbarschaftsdialog, den wir im Bereich der Regattastrecke als sehr positiv gesehen haben und bei der Waldbühne seit Jahren machen. Das ist ein Instrument, das es erlaubt, hier die unterschiedlichen Interessen zusammenzubringen, zumal die Lärmproblematik häufig nur ein Vehikel für andere Probleme ist. Wir hatten es beim Olympia-Stadion, dass sich die Menschen über den Lärm beschwert haben. Tatsächlich meinten sie aber die zugeparkten Verkehrswege, den Dreck, der überall herumlag, nachdem die Fangruppen dort zugezogen waren, und andere Unzuträglichkeiten. Fokussiert wird das Ganze dann auf etwas, was einigermaßen fassbar ist, und das ist der Lärm. Insofern dient die Lärm-belästigung hier auch nur als Vehikel.

Dem Wunsch des Landessportbundes, mehr eingebunden zu werden, möchten wir gern nachkommen. Wir haben im März die Sitzung der Umweltamtsleiter, und dort wird der Landessportbund auch eingeladen, um seinen Flyer vorzustellen und mit den Umweltämtern konkret zu diskutieren, wie mit dieser Problematik umgegangen werden soll. – Schönen Dank!

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Strohbusch! – Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Thomas Härtel (SenInnSport): Herr Statzkowski, beim Sportforum Hohenschönhausen liegen uns keine Klagen und Probleme vor. Bei der Olympia-Stadion GmbH und dem Olympia-Park etc. habe ich vorhin darauf hingewiesen, dass sich dieser Nachbarschaftsdialog, den wir dort jetzt führen, positiv auswirkt. Insofern haben auch Beschwerden nachgelassen. Natürlich gibt es dann immer bei Einzelveranstaltungen, die über die festgelegten Veranstaltungen hinaus stattfinden, die notwendigen Abstimmungsprozesse auch mit den Umweltbehörden – das ist klar –, weil bestimmte Auflagen erfüllt werden müssen. Wir brauchen keine Sorge zu haben: Wenn Hertha in der Champions League spielt, dann werden die Spiele bei uns stattfinden können, auch wenn es zusätzliche Spiele sind. Aber wir müssen bestimmte Dinge immer auch in der Gesamtbetrachtung einhalten. Das ist nicht das zentrale Problem.

Jetzt komme ich zur Frage nach den gesetzlichen Regelungen: Da schlagen immer zwei Herzen in einer Brust. Wir wissen, was Lärm bedeutet. Das hat Frau Kubala deutlich gemacht. Wir wissen, dass der Sport darauf achtet, dass man Lärm vermeidet, wenn er möglicherweise zur Belästigung anderer führt. Beide Seiten haben eine Verantwortung. Ob uns da gleich wieder gesetzliche Änderungen irgendwo helfen, weiß ich nicht, denn wer weiß, wie das dann im Unterausschuss oder in anderen Bereichen diskutiert wird. Wir setzen da auf Dialog. Man muss auch überlegen, wie man vor Ort ggf. bestimmte Maßnahmen ergreifen kann und wie man für bestimmte Sportarten – wie auch immer – organisatorisch die Verteilung der Zeiten auf den Sportplätzen so regeln kann, dass man auf bestimmte Ruhebedürfnisse eingeht. Das ist leichter gesagt als getan, weil Spielabläufe – Herr Liesegang, das ist völlig klar – in einer gewissen Weise laufen müssen. Aber trotzdem ist es ein Anliegen, dies vor Ort in einem solchen Dialogverfahren zu regeln – jedenfalls ist das unser Anliegen – und nicht zu gucken, welche Gesetzesinitiativen wir ergreifen müssen, weil dann mit Sicherheit auch andere sofort Position beziehen werden, und auch diese Konflikte müssen wir dann lösen.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Vielen Dank, meine Herren, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben! Wir hoffen sehr, dass wir Sie zumindest zu diesem Thema nicht mehr in diesen Ausschuss einladen müssen. Ansonsten sind Sie uns jederzeit herzlich willkommen. Ich bedanke mich noch einmal und wünsche noch einen schönen Tag. Man sieht sich bei Gelegenheit wieder. Auch Ihnen, Herr Strohbusch, vielen Dank für die Auskunft!

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Eine neue Zukunft für das Strandbad Wannsee
Drs 16/0632

[0055](#)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0034](#)
Schwimmsport im Sport- und Erholungszentrum (SEZ) –
werden die vertraglichen Verpflichtungen durch den
Eigentümer eingehalten?
(auf Antrag der Fraktion der FDP)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0074](#)
Stand der Sanierung des SEZ
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Wir hatten zu diesem Tagesordnungspunkt um Teilnahme eines Vertreters der Senatsverwaltung für Finanzen gebeten. Herr Dr. Baumgarten, herzlich willkommen! Vielen Dank, dass Sie so viel Geduld aufgebracht haben! – Ich begrüße auch ganz herzlich Herrn Lippmann, den Geschäftsführer des Liegenschaftsfonds, und seine Mitarbeiterin. Herzlich willkommen! – Ich erteile zunächst den antragstellenden Fraktionen FDP und CDU das Wort zur Begründung. – Zu Tagesordnungspunkt 4 a) – Herr Czaja, bitte!

Sebastian Czaja (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir hatten diesen Besprechungspunkt schon relativ früh im vergangenen Jahr, also 2007, eingereicht, weil damals schon keine Klarheit darüber hergestellt werden konnte, ob der Betreiber, der das SEZ Ende 2003 erworben und sich in dem Vertrag verpflichtet hat, eine entsprechende Wasserfläche bis zum 31. Dezember 2007 wiederherzustellen, dies auch tun wird. Jetzt ist vielen Berichterstattungen der Berliner Tagespresse zu entnehmen – auch wer vor Ort war, konnte es nicht sichtbar wahrnehmen, ich selbst habe es mir angeschaut –, dass Wasserfläche in den entsprechenden Größenordnungen nicht wiederhergestellt worden ist, sondern dass dort, wo einst ein wunderbares Wellenbad vorzufinden war, jetzt Badminton gespielt wird, dass wir Tischtennis, Bowling und andere Veranstaltungsmöglichkeiten vorfinden, aber leider nicht – wie zugesagt – die entsprechende Wasserfläche.

Für mich liegt ein wenig Hoffnung in diesem Besprechungspunkt, dass Sie vielleicht etwas präziser werden können als in der „Morgenpost“ vom 7. Januar dieses Jahres, wo sich der Liegenschaftsfonds nur dahinter versteckte, er könne keine genauen Aussagen darüber machen, um welche Auflagen es sich konkret handelt, wie viele Quadratmeter Wasserfläche wiederherzustellen sind. Vielleicht können Sie heute dazu Ausführungen machen. Ich vermute, dass Staatssekretär Teichert in seiner Beantwortung der Kleinen Anfrage der Kollegin Kubala am 4. Dezember 2007 bewusst schon vorsichtig formulierte, dass derzeit keine offensichtliche Vertragsverletzung erkennbar sei. Dass lässt zumindest den Interpretationsspielraum, dass sich eine unbeabsichtigte Vertragsverletzung abzeichnen könnte. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen, damit nicht am Ende alle Ihre Pläne, die Sie für den Standort SEZ und damit auch für einen Standort im Osten der Stadt, nämlich in Friedrichshain, hatten, absaufen. Vielleicht können Sie heute die nötige Klarheit herstellen.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Czaja! – Für die CDU-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 4 b) – Herr Statzkowski, bitte!

Andreas Statzkowski (CDU): Wir haben uns hier im Sportausschuss auf Initiative von Frau Kubala und später in der Plenarsitzung durch eine Mündliche Anfrage von Herrn Wansner mit dem Thema bereits auseinandergesetzt. Klar ist, dass zum 31. Dezember – so waren auch die Äußerungen von Herrn Härtel damals zu verstehen – das Schwimmbad wieder hergerichtet werden sollte. Wir können heute feststellen, dass zum 31. Dezember das Schwimmbad als solches nicht hergerichtet worden ist. Es ist also die Frage zu stellen: Wie geht man vonseiten des Senats mit der Vertragsverletzung um? – Außerdem hätten wir gern eine Perspektive, wann mit der Eröffnung dieses Schwimmbads zu rechnen ist. Die bauliche Herrichtung ist das eine, aber was interessiert uns ein Bad, das vielleicht hergerichtet ist, aber gar nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung steht? Wir möchten wissen: Wann konkret können Nutzer und Nutzerinnen das SEZ zukünftig wieder nutzen?

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Wortmeldungen aus den Fraktionen liegen mir nicht vor. – Herr Dr. Baumgarten, bitte!

Dr. Reinhard Baumgarten (SenFin): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu dem hier erörterten Fragekomplex sind zwei Kleine Anfragen beantwortet worden – das wurde erwähnt. Ich erinnere daran: Grundlage für die Verpflichtung des Investors ist der Kaufvertrag aus dem Jahr 2003, der vom Abgeordnetenhaus zustimmend beschlossen worden ist. Darin steht nicht, dass eine Wasserfläche in gleicher Größenordnung 1:1 wiederherzustellen ist. Insofern ist dieser Wunsch – der verständlich ist – keine Verpflichtung seitens des Investors und vom Parlament auch nicht auferlegt worden.

Herr Czaja, Sie hatten gesagt, es gebe in der Antwort auf die Kleine Anfrage die Aussage, dass derzeit keine offensichtliche Vertragsverletzung vonseiten der Finanzverwaltung gesehen werde. Das ist insofern richtig, als die Betonung auf „derzeit“ liegt. Das bezieht sich nicht auf die Größe der Wasserfläche, sondern darauf, dass wir sagen: Bis Ende des Jahres 2007 waren Wasserflächen wiederherzustellen. – Das ist auch erfolgt. Aber der Zugang zu den Wasserflächen für die Bevölkerung ist noch nicht erfolgt. Das ist aber auch noch nicht geschuldet, denn – dazu wird Herr Lippmann sicherlich noch etwas sagen können – nach der Vertragskonstruktion muss eine zumutbare Regelung auch für den Investor gefunden werden. Es wird ein Vertragscontrolling seitens des Liegenschaftsfonds durchgeführt. Das hat bisher zu keinen Beanstandungen geführt. Der nächste Termin für das Vertragscontrolling wird Ende März sein. Dort wird sich dann zeigen, wann der Zugang der Bevölkerung zu den Wasserflächen – Schwimmmöglichkeiten – erfolgt ist. – So weit von meiner Seite. Herr Lippmann kann vielleicht ergänzen.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Wenn Sie ergänzen möchten – bitte, Herr Lippmann!

Holger Lippmann (Geschäftsführer des Liegenschaftsfonds): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum derzeitigen Stand – der von uns als vertragskonform eingeschätzt wird – kann ich sagen, dass Herr Löhnitz bis zum 31. Dezember die technische Inbetriebnahme des Hallenbadbetriebs, wie im Vertrag verpflichtet, aber noch nicht die tatsächliche Eröffnung vorgenommen hat. Er hat hierzu auch in der letzten Woche, als eine Besichtigung durch den Sportausschuss der BVV Friedrichshain-Kreuzberg stattfand, erklärt, dass er derzeit einen Betreiber insbesondere für den Nassbereich und die erweiterten Fitness- und Sportflächen sucht und damit rechnet, dass er im März/April dieses Jahres den Betrieb eröffnet. Wir vertreten den Standpunkt, dass er nicht nur die technische Bereitstellung und Inbetriebnahme schuldet, sondern auch die Eröffnung. Nach dem erstellten Energie- und Wirtschaftlichkeitskonzept geht er von einer Herstellung des Hallenbadbetriebs im Zeitraum Januar 2007 bis Dezember 2008 aus. Das heißt, nach diesem Konzept hätte er – bei großzügiger Auslegung – noch bis Ende des Jahres Zeit, den Hallenbadbetrieb wieder zu eröffnen. Wir nehmen das, was er uns hierzu mitgeteilt hat, zur Kenntnis und erwarten im weiteren Vertragscontrolling auch eine entsprechende Umsetzung.

Der Hallenbadbetrieb ist mit diesem Energie- und Wirtschaftlichkeitskonzept verknüpft – deswegen auch die Befristung. Wir wären auch nach dem Vertrag ohnehin gehalten, eine angemessene Fristverlängerung zu gewähren. Drei bis vier Monate über diesen langen Bauablauf sind sicher angemessen. Insofern befinden wir uns in einem vertragskonformen Ablauf.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Lippmann! – Frau Kubala, bitte!

Felicitas Kubala (Grüne): Es ist schon verblüffend, wie Sie hier durch die Auslegung der Verträge das neu definieren, was 2003 politisch gewollt war. Als der Investor dieses Grundstück und die Gebäude für 1 € geschenkt bekommen hat, waren wir uns hier alle einig, dass wir das Bad mit einem großen Schwimmbad wiedereröffnen wollen. Frau Michels! Da waren wir uns alle einig. Dass uns jetzt von der Finanzverwaltung gesagt wird, dass zwei kleine Tauchbecken im Fitnessbereich vertragskonform seien – das wird vom Liegenschaftsfonds bestätigt –, das finde ich ziemlich dreist. Man sollte sich zumindest hier und heute darauf einigen, dass der Investor noch einige Zeit braucht, um das politisch geforderte Schwimmbad zu eröffnen. Aber dass man so tut, als ob der Investor schon alles vertragskonform erfüllt hätte, was er im Zusammenhang mit den Vertragsvereinbarungen zugesichert hat, finde ich wirklich dreist.

Die Wasserfläche ist nicht hergestellt worden. Wir können uns nur auf das stützen, was wir den Zeitungen entnehmen. Danach gibt es nur im Wellness- und Fitnessbereich zwei kleine Becken und noch ein Tauchbecken. Das ist wahrlich nicht die große Wasserfläche. Wir können den Medien entnehmen, dass das Schwimmbad nach wie vor mit Sand gefüllt ist und dort Beachvolleyball stattfindet. – [Markus Pauzenberger (SPD): Nein! Da ist kein Sand drin!] – Das kann man sicher nicht als Schwimmbadnutzung bezeichnen. Wir können festhalten, dass sich der Investor offensichtlich – das haben Sie eben durch die Blume bestätigt – noch einmal Zeit bis Ende Dezember 2008 ausbedungen hat. Dann sollten wir das hier aber auch deutlich sagen und nicht so tun, als ob er sich im Moment vertragskonform verhält. Er hat dieses Grundstück als Schnäppchen geschenkt bekommen, und ich finde, dann sollten wir auch genau hingucken, was er macht. Es ist ohne Zweifel ehrenwert, dass er das eine oder andere offensichtlich schon in Betrieb genommen hat. Aber wir sollten uns hier nicht um das Thema herummogeln, denn es setzt letztlich auch Maßstäbe für jeden anderen Fall, der so ähnlich ist. Es ist jetzt die eine oder andere Verpachtung oder sogar weitergehend ein Verkauf von Bädern angekündigt worden. Man sollte sehr genau hingucken, was man in den Verträgen vereinbart und was nachher umgesetzt wird. Für mich ist auch Gegenstand eines Vertragscontrollings, Vertragsatbestände nicht im Nachhinein auszudeuten oder umzudeuten, damit der Vertragsinhaber mit einem blauen Auge davonkommt, sondern seitens des Landes Berlin darauf zu gucken, dass die Verträge, die abgeschlossen wurden, auch erfüllt werden.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank! – Frau Michels, bitte!

Martina Michels (Linksfraktion): Manches ist schon ein bisschen abenteuerlich, was hier passiert. Vor allen Dingen, Frau Kubala, sollten Sie dringend einmal Rücksprache mit Ihren Bezirksvertretern halten, denn das, was Sie hier als Grüne tun, ist Doppelzüngigkeit. Sie reden auf der einen Ebene so und auf der anderen Ebene anders. Frau Seidel-Kalmutzki und ich sind in diesem Ausschuss wohl die einzigen, die diese Entwicklungsperiode von A bis Z miterleben durften. Wir kennen die Ansprüche, die Zielsetzungen und auch den Prozess.

Zum Ersten: Ihre Fraktion – Tine Hauser-Jabs, ihres Zeichens damals Fraktionsvorsitzende – war begeistert von dem Konzept – wie andere Fraktionen, wie die SPD und die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung auch. Sie haben mit wehenden Fahnen und großer Überzeugung – dazu zählten wir übrigens auch – diesem Konzept und diesem Investor damals den Zuschlag gegeben, und zwar wegen des Konzepts.

Wer heute behauptet, dass die Zielstellung dieses Konzepts ein Schwimmbad gewesen wäre oder die Wiederherstellung des Schwimmbads, der erzählt Märchen wider besseren Wissens. Die Zielstellung, Herr Lippmann und die Senatsfinanzverwaltung werden das wissen – – Wer den Vertrag gelesen hat, weiß, dass die Zielstellung niemals ein komplettes, wiederhergestelltes Schwimmbad war. Das konnte es auch gar nicht sein. Wenn Sie heute so tun, als hätte der Investor, Herr Löhnitz, damals einen supertolles, völlig intaktes, nur noch zu übernehmendes Gebäude für einen Euro übertragen bekommen, dann weiß ich nicht, ob Sie jemals, auch zum Ende des SEZ, in dem Gebäude waren.

Es handelte sich keineswegs um ein völlig intaktes Gebäude, sondern man kann – – Herr Lippmann, wir beide waren inzwischen schon so oft im SEZ und haben uns in den Anfangszeiten immer gefragt – – Es gehört ein unheimlicher Mut dazu, als Investor sich einer solchen Aufgabe überhaupt zu stellen und ein solches Gebäude so zu übernehmen, sei es auch für einen Euro, aber mit dem Anspruch, an diesem Standort wieder ein Gebäude entstehen zu lassen, das vom Badebetrieb über den Fitnessbereich bis hin zu Sportstätten – das SEZ ist zu DDR-Zeiten immer viel mehr gewesen als nur der Schwimmbetrieb – alles anbietet. Das reicht bis hin zu dem Konzept – was ich nicht für vernachlässigungswürdig halte –, dass der Investor, wenn dieses Projekt in – ich weiß nicht, wie vielen – Jahren noch einmal vollständig entstehen wird, dort auch bildungspolitische Aufgaben verwirklichen will.

Das Konzept des SEZ war und wird auch immer sein, dass es eine multifunktionale Aufgabe hat. Wenn Sie sich angucken – und das vernachlässigen Sie hier einfach so –, was außerhalb des SEZ – was aber dazu gehört – in den Parkanlagen passiert, welcher Beitrag dort u. a. geleistet wurde und wie das vor ein paar Jahren aussah, als das übernommen wurde, dann können Sie sich nicht hinstellen und so tun, als wäre das ein Schnäppchen gewesen und als hätte man sich hier nur gewinneinstreichend verhalten. Wer das sagt, der hat keine Ahnung von Investitionstätigkeit und auch keine Ahnung davon, wie viel Mut dazu gehört, ein solches Konzept zu verwirklichen.

Ich habe an die FDP die Frage: Was wollen wir denn eigentlich noch? – Wir haben einen Investor – keine Schulden –, der ein Projekt macht an dieser Stelle, und niemand kann behaupten, dass im SEZ überhaupt nichts passiert. Bei den Eintrittspreisen! Herr Löhnitz wird nachweislich in Berlin schon angegriffen, weil er die niedrigsten Preise in Berlin hat, was zum Beispiel die Bowling-Bahn usw. betrifft. Das hat er immer versprochen, diese Eintrittspreise, über die es eine große Debatte gab und die er gewährleistet. Keine Zuschüsse des Landes Berlin! Das, Frau Kubala, war damals unsere große Bedingung. Wir haben gesagt: Ein Investor, der keine Zuschüsse in Anspruch nehmen wird. – Er hat bis heute keine Schulden gemacht, und dann dieses Ergebnis, das ist eigentlich sehr anerkennenswert.

Nun kann man darüber streiten, ob man mit dem gegenwärtigen Stand so voll zufrieden ist. Ich hätte mir auch gewünscht, dass dort schon mehr passiert ist, aber wer das SEZ über Jahre begleitet hat, kann nicht einen solchen Unsinn erzählen wie Sie zum Beispiel, nämlich zu behaupten, da sei Sand im Becken. Das heißt, Sie haben das bisher nur aufgrund der Zeitungen beurteilt, denn Sie würden ansonsten wissen, dass nicht eine Tüte Sand dort drin ist, sondern sie sind mit Holz verkleidet. Nur so viel zu der Frage, wer hier wie urteilt.

Da sollte man – gemessen an dem, was heute dort entstanden ist – immer den kritischen Blick darauf werfen – da bin ich auch sehr dafür – und gemeinsam mit denen, die willig sind, gucken, dass man den Investor bei

diesem Projekt bestärkt und sagt: Bleiben Sie bei der Stange! Machen Sie weiter! – Er hat nämlich langsam die Nase voll und sagt: Ich werde nur noch von allen Seiten angegriffen.

Wir haben z. B. auf das Behindertenschwimmen aufmerksam gemacht. Das wäre eine der wenigen Stellen, die dieses Behinderten-, Baby- und Familienschwimmen überhaupt möglich machen würde – mit einer tollen Konzeption mit dem angebundenen Krankenhaus Friedrichshain und auch in den Außenbereichen mit Sauna usw. Das braucht Zeit, Frau Kubala, und wer einmal im SEZ war und gesehen hat, was die Ausgangsposition war und was dieser Mann alleine machen musste, um die Umkleiden dort wiederherzustellen – und er hat die dreifache Menge dessen wiederhergestellt, was überhaupt vorgesehen war –, der kann ermessen, wie viel Illusion, wie viel Enthusiasmus dazu gehört. Davon braucht die Stadt mindestens zehn, dann würde es uns auch ein bisschen besser gehen. Ich kann nur hoffen und wünschen, dass er uns bei aller Kritik – und ich zähle auch zu denjenigen, die einen kritischen Blick auf das SEZ haben – als Investor erhalten bleibt und nicht langsam die Nase voll hat und bei dieser Nörgelei und bei dieser Kleinschreiberei auch noch von dem Projekt abspringt.

Das SEZ verdient unsere sehr wohlwollende Begleitung mit kritischem Blick, und das ist auch das, was am Ende zählt, und nicht immer nur die Reduzierung auf ein Schwimmbad. Wenn er die vier Badeflächen dann der Bevölkerung zur Verfügung stellt, wovon ich auch ausgehe, dass das unabdinglich ist, dann ist das ein großer und anerkennungswürdiger Schritt auf dem Weg zum SEZ, wie es einmal in ein paar Jahren in der Gesamtkonzeption entstehen soll. Und das SEZ ist nur das SEZ in dieser Gesamtkonzeption, und dafür braucht es bekanntlich nicht nur den Enthusiasmus, dafür braucht es vor allen Dingen auch Zeit.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Frau Michels! – Herr Statzkowski, bitte!

Andreas Statzkowski (CDU): Zunächst sollte man davon ausgehen, dass die Kollegen, die dem Ausschuss angehören, auch Rücksprache nehmen mit den Kollegen, die hier vorher unsere Fraktion vertreten haben. Ich selber habe damals schon im Arbeitskreis für Sport mitgearbeitet und kann mich an die Diskussion noch sehr gut erinnern. Es ist unstrittig, dass das SEZ von seiner Funktion her multifunktional angelegt ist und auch multifunktional weiter betrieben werden soll. Allerdings ist genauso unstrittig, dass der Kernpunkt des SEZ immer das Bad war und hoffentlich irgendwann auch einmal wieder sein wird. Wenn Sie argumentiert hätten, dass es schon damals eine ausgesprochen überschaubare Bewerberlage gegeben hat, wo sich die Frage nach Alternativen kaum gestellt hat, wäre das wenigstens noch lauter, und dann kann man wenigstens auch darüber eine offene Diskussion führen. Aber sich in der Form einzulassen, wie Sie es getan haben, bringt uns an der Stelle nicht unbedingt weiter.

Ich möchte nochmals meine Frage stellen. Im Zweifelsfalle stelle ich sie dann auch an die Senatsfinanzverwaltung noch einmal. Welche Sanktionsmöglichkeiten bietet der Vertrag, um im Falle einer Vertragsverletzung dagegen vorzugehen? – Ich habe die Frage vorhin schon gestellt. Sie sind nicht darauf eingegangen. Ich stelle sie hiermit noch einmal.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Herr Czaja, bitte!

Sebastian Czaja (FDP): Vielen Dank! Wenn ich eines aus Ihrem Redebeitrag mitgenommen habe, dann ist es das, dass Sie es erfolgreich geschafft haben, von dem Hauptproblem abzulenken und die Begeisterung der Grünen in den Widerspruch zu stellen zu dem, was sie heute tun. Ich sehe da überhaupt keinen Widerspruch. Sie haben zum Ende hin in Ihrem Redebeitrag durchaus den Weg zur Vernunft gefunden, mit Verlaub, bei dem Teil, der sich vielleicht kritisch abzeichnet im Rahmen der Umsetzung, nämlich die Wiederherstellung einer entsprechenden Wasserfläche und die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit weiter kritisch zu hinterfragen. So habe ich zumindest Ihre Schlussbemerkung wahrgenommen.

Aus diesem Grunde würde ich auch für meine Fraktion erklären – insbesondere auch nach den heutigen Ausführungen der Berichtstatter –, dass wir diesen Besprechungspunkt als nicht erledigt erklären, sondern ihn dann noch einmal im April dieses Jahres aufrufen sollten, wenn im Rahmen einer Fristverlängerung Dinge absehbarer geworden sind. Es sollte dann auch im Rahmen der dann stattfindenden Prüfung, die in Aussicht gestellt wurde, noch einmal darüber berichtet und dem Ausschuss ein aktuelles Bild über die Sachlage bzw. Gemengelage vor Ort gegeben werden.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Czaja! – Jetzt stehe ich auf der Redeliste. Ich halte mich immer etwas zurück, aber in dem Fall bin ich etwas überrascht über den Diskussionsverlauf in der heutigen Sitzung über eine Sache, die von der Sache her eigentlich nicht hierher gehört. Das SEZ ist eine Never-ending-story. Ich war zufrieden, dass wir uns in den letzten drei, vier Jahren nicht damit beschäftigen mussten. Das hat dem parlamentarischen Verlauf gut getan. Es ist auch etwas passiert, und das Ergebnis kann man sehen.

Frau Michels ist auf das Konzept schon eingegangen. Ich bin nach wie vor der Meinung: Das ist ein tolles Konzept, und wenn hier von Bädern die Rede ist, so weiß ich auch, dass im Sommer z. B. das Freibad schon genutzt wurde, und ich bin ziemlich überzeugt, dass Herr Löhnitz alle seine Zusagen einhalten wird.

Ich möchte noch etwas erwähnen, das vielleicht aus dem Erinnerungsvermögen nicht so präsent ist und vielleicht auch nicht von Ihren Vorgängern so genau erwähnt wurde, nämlich was das SEZ oder die Wiederbelebung des SEZ überhaupt bedeutet. Das ging weit mehr darüber hinaus, dass dort wieder Sport getrieben werden kann. Angesichts der Gegend dort – das ist eine Gegend um die Landsberger Allee, wo es viele Investruinen gibt – war es damals erfrischend, dass sich ein Investor gefunden hat, der sich des SEZ annimmt – auch unter dem sozialen Aspekt, aber nicht nur aus diesem Grund. Das Konzept war überzeugend.

Ich möchte auch noch auf Folgendes hinweisen, denn das ging so ein bisschen unter: Schon allein die Sicherungsmaßnahmen für das damals geschlossene SEZ, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, haben uns 400 000 € pro Jahr gekostet. Man muss es manchmal auch noch einmal erwähnen, und wir haben uns in den letzten Jahren intensiv mit dem Thema beschäftigt. Ich bin zufrieden, dass es jetzt so ist, wie es ist, und ich staune etwas, Frau Kubala: Ich bin keine Juristin. Sie scheinen sehr fundierte juristische Kenntnisse zu haben – so, wie Sie das Vertragswerk hier auseinandernehmen. Ich vertraue den Leuten, die wir dazu eingeladen haben und die sich seit Jahren damit beschäftigen. Wenn sie uns diese definitive Aussage geben und das ganze Verfahren über Jahre hinweg ziemlich kritisch begleiten, weil eine so große Öffentlichkeit damit verbunden ist, staune ich über Ihre Aussagen. Dabei belasse ich es.

Ich hatte es eingangs schon erwähnt: Ich weiß auch gar nicht, ob wir das – weil Herr Statzkowski danach fragt, welche Maßnahmen greifen, wenn die Verträge nicht erfüllt werden, und welche juristischen Folgen es hat – bei anderen Bauten auch machen. Beim Olympia-Stadion, bei Straßenbahnen oder sonstigen Bauten beschäftigen wir uns doch auch nicht damit. – [Felicitas Kubala (Grüne): Wenn das Land Berlin Sachen verschenkt!] – Es ist nicht verschenkt. Und dieses Wort „Schnäppchen“ in dem Zusammenhang – jemand, der in das SEZ investiert – sollte man sich ganz genau überlegen. Es ist alles, aber bestimmt kein Schnäppchen. Da gibt es jemanden, der sich aus der Privatkasse – – [Zuruf] – Ein ähnlicher Fall! Guter Hinweis! Alte Försterei – aber da fangen wir wieder ein neues Thema an. – Da ist jemand, der aus seiner Privatschatulle etwas aufmacht und in diese Stadt investiert, der die Hochachtung – wer hat die schon? – unseres Finanzsenators hat. Ich weiß noch ganz genau, wie beeindruckt er war. Ich will das bloß einmal so sagen. Und dann fangen wir – ich möchte das mit aller Vorsicht sagen – eine Krümelkackerei an und sehen da mit solchen Argusaugen hin, die ich mir in anderen Bereichen öfters einmal wünschen würde. – Frau Kubala, bitte!

Felicitas Kubala (Grüne): Mich irritiert es schon auch ein bisschen, wie Sie das diskutieren. Der Investor – dieser immer wieder so genannte Investor – hat dieses Grundstück und das Gebäude geschenkt bekommen. Das wollen wir erst einmal festhalten. – [Martina Michels (Linksfraktion): Mit Auflagen!] – Moment! Sie reden mit einem so warmen Herzen, da hat man fast den Verdacht, dass Sie hier im Dienste des Investors stehen. – [Martina Michels (Linksfraktion): Ich wohne dort! – Zurufe] – Da hat man fast den Verdacht. – [Unruhe] –

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Meine Damen und Herren! Jetzt hat nur Frau Kubala das Wort. Ich bitte um Ruhe. – Frau Kubala, bitte!

Felicitas Kubala (Grüne): Ich möchte noch einmal kurz daran erinnern, was unser parlamentarischer Auftrag ist, das Interesse der Öffentlichkeit zu wahren und nicht das eines einzelnen Investors. Darauf sollten wir uns einigen, wenn wir uns solche Objekte angucken. Wenn wir darauf gucken, dann brauche ich keinen halbstündigen, warmherzigen Vortrag darüber, was der Investor für ein toller Typ ist, sondern dann möchte

ich, dass wir uns Gedanken machen, ob seitens des Landes Berlin ein Schaden entsteht oder nicht. Den Gedanken sollten wir zulassen, und zwar sowohl, wenn wir einem Investor ein Grundstück mit Gebäude zur weiteren Verwendung schenken, als auch, wenn man einem Sportverein wie dem FC Union zum Beispiel einen Sportplatz unentgeltlich überlässt – ein Grundstück, das er bekommt. Ich finde, dass man in jedem Fall gucken soll, ob hier das öffentliche Interesse gewahrt ist. Das ist hier durchaus angesagt, und das ist auch unsere Rolle. Das ist auch mein Verständnis von Politik, dass ich nicht einen halbstündigen Vortrag über den Investor halte, sondern überlege: Ist hier das Land Berlin angemessen vertreten?

Vor diesem Hintergrund, Frau Vorsitzende, habe ich lediglich die Worte, die hier aus der Finanzverwaltung und vom Liegenschaftsfonds vorgetragen wurden, noch einmal wiederholt. Da wurde gesagt, dass die Wasserfläche hergestellt ist und dass es hier vertragskonform abläuft. Ich bitte doch nur, dass wir uns hier im Ausschuss darauf verständigen, dass es da offensichtlich nicht vertragskonform abgelaufen ist. Wir können durchaus noch gemeinsam eine Frist einräumen, aber auch ein holzverkleidetes Schwimmbad steht nicht zur Schwimmbadnutzung zur Verfügung. Herr Pauzenberger! Sie wollen mir nicht erzählen, dass jetzt, nur weil da jetzt kein Sand mehr drin ist, jederzeit Wasser hinein kann, wenn das mit Holz verkleidet ist. Wir brauchen hier nicht die Worte zu verdrehen. – [Martina Michels (Linksfraktion): Vier Wasserflächen!] – Ja! – [Unruhe] –

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Meine Damen und Herren! Jetzt hat immer noch Frau Kubala das Wort.

Felicitas Kubala (Grüne): Ich verfolge die gemeinsame Diskussion auch seit 2003, Frau Michels, und ich bin ein bisschen verwundert, dass diese Bewusstseinsveränderung bei Ihnen da so zugeschlagen hat. Wir waren uns gemeinsam einig, dass wir das große Wasserbecken, dass wir die Schwimmbadnutzung haben wollen, und dass Sie das jetzt so verdrehen, finde ich schon ein Ding. Vielleicht können wir einmal festhalten, dass es offensichtlich weiteren Bedarf gibt, das Projekt hier noch einmal aufzurufen, dass das aus unserer Sicht nicht vertragskonform umgesetzt ist und wir nach wie vor hoffen, dass der Investor – offensichtlich steht ein neuer Termin im Raum, Dezember 2008 – dann auch vertragskonform die Schwimmbadnutzung ermöglicht.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Herr Pauzenberger, bitte!

Markus Pauzenberger (SPD): Ich gehe sehr unaufgeregt daran, weil ich die ganze Vorgeschichte nur vom Hörensagen und aus der Presse kenne, aber eine Sache muss ich entschieden zurückweisen, und das ist die Verdächtigung, dass wir als Koalition irgendwelche positiven Punkte aus dem Investor – – [Felicitas Kubala (Grüne): Ich habe nur für mich den Verdacht geäußert!] – Nein, das geht an uns, denn Frau Michels ist ein Teil – – [Martina Michels (Linksfraktion): Jetzt ist aber Schluss! Langsam vorsichtig! – Weitere Zurufe] –

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Herr Pauzenberger hat das Wort.

Markus Pauzenberger (SPD): Auch wenn Sie Frau Michels angegriffen haben, ist das ein Angriff auf die Koalition. Den kann ich so nicht stehen lassen, weil wir keine Nutznießer dieses Investors sind. Wenn Sie das behaupten, bekommen Sie bitterbösen Ärger mit mir persönlich und, ich denke, auch mit Frau Michels. – [Martina Michels (Linksfraktion): Allerdings!] – Denn das ist eine Unterstellung, die ich so nicht zulassen kann und auch nicht zulassen will.

Ich gehe davon aus, dass das SEZ in dem Punkt ein gutes Beispiel dafür ist, wie man durch sehr sorgfältige Investoren auch wieder etwas zum Leben erwecken kann. Ich war bei dieser Besichtigung des Sportausschusses Friedrichshain-Kreuzberg dabei und war ausgesprochen angetan, was dort alles bisher passiert ist. Die Wasserfläche draußen, über die wir gar nicht mehr sprechen, sind 25-Meter-Bahnen. Die kann man nutzen. Die sind jetzt schon im Sommer genutzt worden, und sie werden sicherlich auch im nächsten Sommer wieder genutzt. Die vier Bäder oder die drei Wasserflächen innerhalb des Komplexes sind vorhanden. Ich habe bei Herrn Lippmann bei der Besichtigung auch noch einmal nachgefragt, ob denn alle vertraglichen Maßnahmen eingehalten worden sind. Herr Lippmann hat das dann noch einmal bestätigt, sodass ich glaube, dass das SEZ weiterhin wieder ein besonderer Punkt in der Berliner Landschaft sein wird. – Und nochmals: Mit solchen Unterstellungen sollten Sie sehr vorsichtig umgehen!

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Herr Staatssekretär Härtel, bitte!

Staatssekretär Thomas Härtel (SenInnSport): Obwohl ich für die Vertragsgestaltung nicht zuständig bin, lassen Sie mich angesichts der erhitzten Diskussion doch einmal eine Feststellung treffen. Es ist schon ausgeführt worden, welche Kosten nach der Stilllegung entstanden waren und welche Kosten der Investor übernommen hat – und um welche Kosten er damit auch den Haushalt entlastet hat. Das Konzept lag dem Parlament vor. Uns allen war klar, dass es kein Freizeit- und Spaßbad in der Weise bleiben wird, wie es zu DDR-Zeiten dort errichtet war, sondern ein multifunktionales Gebäude für den Sport sein wird. Dabei sind vertraglich die Dinge geregelt gewesen, die er im Wesentlichen bislang auch eingehalten hat: Inbetriebnahme Sauna, Inbetriebnahme Bowling, Inbetriebnahme Sporthalle, Inbetriebnahme Fitnessbereiche. – Diese vier Punkte sind erfüllt. Er ist also überwiegend an diesen Stellen voll im Zeitplan und hat diese Dinge auch mit bewältigt. Ich will das nur einmal so feststellen, weil Investoren schon Mut aufbringen müssen, um ein solches Gebäude mit einer solchen Problematik zu übernehmen und dann in einer entsprechenden Zeit auch dies umzusetzen, was vertraglich geregelt ist.

Herr Statzkowski! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil Sie unterstellt haben, dass ich gesagt hätte, zum Ende des Jahres sei der Badebetrieb dort aufgenommen worden. Wir haben darauf hingewiesen – und das ist genau der Punkt –, dass es bezogen auf die Aufnahme des Badebetriebes eine Option gibt, nämlich unter der Berücksichtigung eines Energie- und Wirtschaftlichkeitskonzepts, das er nicht nur angekündigt hat, sondern auch erarbeitet und vorlegt, einen Betreiber für diesen Badebetrieb zu finden. Das heißt, er ist voll im Vertrag, weil diese Option im Vertrag auch so festgelegt ist. Ich bitte, das einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen, auch im Blick darauf, wie wir mit Investoren umgehen, die mit einem solchen Idealismus wie Herr Löhnitz an bestimmte Dinge herangehen.

Ich glaube, man darf dem Unternehmer auch nicht irgendwo einen Vorwurf machen. Er gibt nämlich nur das Geld aus, das er einnimmt. Das ist vorbildlich, wenn ich an andere Dinge denke, wie wir mit Geldern hier umgehen. Das hat er von Anfang auch so deutlich dargestellt, als es übergeben worden ist. Ich war selbst mit dabei, wie er sein Wirtschaftskonzept dargestellt hat und deutlich gemacht hat, mit welcher Prämisse und Vorstellung er dort entsprechend mit herangeht. Ich bitte eines zu beachten, wenn auch solche Debatten in Bezirksverordnetenversammlungen laufen, auch von den Parteien, die dann meinen, es geht nicht um Freizeitfelder, Badminton, Bowling oder Sauna. Natürlich geht es auch darum. Es geht hier auch nicht um Schwimmen oder so etwas, das hat da nie stattgefunden, sondern es geht darum, dass entsprechende Bad-, und Freizeit- und Schwimmangebote wieder hergerichtet werden, jedoch nicht in der Dimension, wie es früher einmal war. Das war so vertraglich geregelt, und das wollte ich hier nur noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen.

Wir werden das – das haben Herr Lippmann und Herr Dr. Baumgarten deutlich gesagt – im Rahmen des Controlling selbstverständlich auch beachten – übrigens auch in den anderen Fällen, weil die Alte Försterei angesprochen wurde. Wir haben ein ähnliches Problem. Dort soll die Alte Försterei für einen Euro verkauft werden. Hier sind schon zig Anträge auf den Weg gebracht worden, und es ist vom Parlament gerügt worden, warum das alles so lange dauert. Liebe Leute! Da muss ich einmal sagen: Man kann nicht das eine oder andere in irgendeiner Weise so oder so bewerten. Da ist ein Verein, der investieren will, dafür brauchen wir selbstverständlich auch die Zustimmung der EU, weil es unter Wert verkauft wird und die neuen EU-Richtlinien dieses letztendlich so vorschreiben. Wir sind dabei, eine vernünftige Lösung zu finden. Ich bin gespannt. Auch da werden wir ein Controllingverfahren haben, wie ein Verein mit der Alten Försterei und mit den Investitionen künftig umgeht und wie er die Verträge einhält, die wir mit ihm hinsichtlich der Übertragung der Alten Försterei abzuschließen beabsichtigen. Deswegen bitte ich, nicht einfach zu sagen, hier sei etwas verschenkt worden. Hier liegt ein öffentliches Interesse vor, einen Investor oder einen Verein zu finden, der investiert und auch den Haushalt entlastet.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Frau Kubala, bitte!

Felicita Kubala (Grüne): Ich möchte nur noch einmal eine Klarstellung aussprechen. Ich habe im Zusammenhang mit Ihrem Vortrag, Frau Michels, gesagt: Da kommt der Verdacht oder die Vermutung auf, Sie stehen im Dienste des Investors. – Ich habe das extra so vorsichtig und im Zusammenhang mit Ihrem Beitrag

formuliert, weil ich Ihnen in keiner Weise unterstellen wollte, dass Sie tatsächlich im Dienste des Investors stehen. Das wollte ich nur noch einmal klarstellen.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Jetzt haben wir das auch geklärt. – Herr Dr. Baumgarten, bitte!

Dr. Reinhard Baumgarten (SenFin): Ich möchte nur noch einmal an die Situation im Jahr 2003 erinnern. Dort gab es zu dem Zeitpunkt keine Betriebspflicht mehr für einen öffentlichen Badebetrieb. Es wurde im Parlament von Vertretern der Oppositionsfraktionen für den Abriss diskutiert. Das heißt, mit Badebetrieb hatte das damals wenig zu tun. Und wenn wir sehen, wo wir heute stehen, dann ist es ein enormer Fortschritt. Erstens ist ein Investor gefunden worden, der privates Geld aus eigener Schatulle hineingibt, nicht nur die Einnahmen, die er erzielt, sondern darüber hinaus aus dem Privatvermögen. Und er hat auch eine Verpflichtung, für eine bestimmte Zeit alles zu investieren, was er dort einnimmt. Insofern ist die Aussage: „Der Investor hat ein Grundstück geschenkt bekommen.“ völlig falsch und eine Unterstellung, die wir seitens der Finanzverwaltung streng zurückweisen müssen.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Vielen Dank, Herr Dr. Baumgarten! – Herr Statzkowski, bitte!

Andreas Statzkowski (CDU): Frau Vorsitzende! Selbst wenn es nur eine hypothetische Frage ist, möchte ich sie doch beantwortet haben, nämlich die Frage nach den möglichen Sanktionen, die der Vertrag vorsieht. Ich habe die Frage zweimal gestellt. Sie ist nicht beantwortet worden. Ich möchte es jetzt völlig dahingestellt sein lassen, ob der Fall eingetreten ist oder nicht. Darüber gibt es vielleicht unterschiedliche Auffassungen. Mir geht es nur darum, dass man vonseiten der Senatsfinanzverwaltung aufführt, wie in einem solchen Fall damit umzugehen wäre.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Es ist richtig, dass Sie die Frage zweimal gestellt haben. – Herr Dr. Baumgarten, bitte!

Dr. Reinhard Baumgarten (SenFin): Wir sind nicht in einer öffentlichen Sitzung. Der zuständige Ausschuss ist – – [Zurufe] –

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Wir sind in einer öffentlichen Sitzung, und deswegen möchte ich noch einmal darauf hinweisen – –

Dr. Reinhard Baumgarten (SenFin): Pardon! Wir sind in einer öffentlichen Sitzung, und insofern sind wir, wenn wir über Vertragseinzelheiten diskutieren wollen, hier im falschen Ausschuss.

Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki: Dafür haben Sie sicher Verständnis. Es geht nicht, dass wir hier über Vertragseinzelheiten diskutieren. – Jetzt sind wir zumindest für heute am Ende des Besprechungspunktes 4 a) und 4 b).

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.